

# G20-Gipfel in Hamburg 2017

Der **G20-Gipfel in Hamburg 2017** war das zwölfte Treffen der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Er fand am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg statt. Neben den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten nahmen Politiker weiterer Staaten und Vertreter internationaler wirtschafts- und handelspolitischer Organisationen daran teil.

Rund 23.000 Polizisten sollten Gipfel und Stadt schützen. Bei verschiedenen Demonstrationen, Blockaden und anderen Veranstaltungen brachten Zehntausende ihren Protest gegen den G20-Gipfel zum Ausdruck. Im Wesentlichen außerhalb der angemeldeten Aktionen begingen verschiedene Akteure, darunter mutmaßlich Linksextremisten, Sachbeschädigungen, Plünderungen und Angriffe auf Polizeibeamte. Bei den Ausschreitungen sowie durch Polizeiübergriffe wurden hunderte Personen verletzt.



Logo des Gipfels mit Kreuzknoten

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Entscheidung für Hamburg
- 2 Der Gipfel
  - 2.1 Teilnehmer
  - 2.2 Partner- und Rahmenprogramm
  - 2.3 Politikberatung
  - 2.4 Politikschwerpunkte
  - 2.5 Ergebnisse
- 3 Sicherheitsmaßnahmen
  - 3.1 Polizeiliche Vorbereitung
  - 3.2 Einreisekontrollen
  - 3.3 Ausschluss von Journalisten
  - 3.4 Gewerbe und Verkehr
- 4 Proteste
  - 4.1 Bündnisse und Pläne
  - 4.2 Auseinandersetzungen um Protestcamps
  - 4.3 Aktionen in der Gipfelwoche
- 5 Folgen
  - 5.1 Ausschreitungen und Straftaten
  - 5.2 Polizeiübergriffe
  - 5.3 Kritik an der Polizei
  - 5.4 Ermittlungen
  - 5.5 Verletzte
  - 5.6 Kosten
  - 5.7 Politische Forderungen
  - 5.8 Debatte unter Gipfelgegnern
- 6 Weblinks
- 7 Einzelnachweise

## Entscheidung für Hamburg

2015 wollte sich Hamburg an den Bewerbungen für die Olympischen Sommerspiele 2024 beteiligen und wäre dadurch international bekannter geworden. Auf Anfrage von Bundeskanzlerin Angela Merkel gab Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz ihr die Zusage, die Stadt werde auch den G20-Gipfel 2017 ausrichten. Bei einem Referendum im November 2015 lehnte eine Mehrheit der Hamburger die Olympiakandidatur ihrer Stadt jedoch ab.<sup>[1]</sup>



Tagungsort Hamburger Messehallen

Am 12. Februar 2016 gab Merkel bei der traditionellen Matthiae-Mahlzeit bekannt, der nächste G20-Gipfel werde in Hamburg stattfinden.<sup>[2]</sup> Hamburg sei schon immer Deutschlands „Tor zur Welt“ gewesen sei, als Diplomatie noch wesentlich aus militärischem Kräftenessen bestanden habe. Der Gipfel sollte in einer deutschen Großstadt mit der notwendigen Logistik und Infrastruktur für etwa 10.000 Besucher stattfinden, weil Deutschland vom 1. Dezember 2016 bis 30. November 2017 über die G20 präsidiert. Die Ortswahl sollte auch den Hamburger Helmut Schmidt ehren, der als Bundeskanzler mit dem G6-Gipfel in Rambouillet 1975 solche Treffen begonnen hatte.<sup>[3]</sup> Am 10. Juni 2016 gab die Bundesregierung bekannt, der Gipfel werde am 7. und 8. Juli 2017 im Hamburger Messe- und Kongresszentrum stattfinden, das alle „logistischen und sicherheitstechnischen Anforderungen“ dafür erfülle.<sup>[4]</sup>

Die Wahl Hamburgs widersprach den seit dem G8-Gipfel in Genua 2001 befolgten Regeln des Summit policing, für Gipfeltreffen möglichst abgelegene, gut zu sichernde Orte zu wählen. Polizeieinsatzleiter Hartmut Dudde räumte im Juli 2016 ein, Hamburg sei „nicht der idealste Ort“ dafür, weil die Polizei in dicht besiedeltem Raum Straßen, Hausdächer, Hinterhöfe und Wohnungen mit Ausblick auf das Messegelände sichern, deren Bewohner kontrollieren und in ihrer Mobilität stark einschränken musste. Dem Messegelände benachbart sind das Schanzenviertel mit dem autonomen Zentrum Rote Flora und das Karolinenviertel. Sie haben eine starke, organisierte linksradikale Szene mit europaweiten Anhängern.<sup>[5]</sup> Polizeiwissenschaftler Thomas Feltes hielt die Ortswahl darum für grundlegend falsch. Sie habe die Polizei in eine „Zwangslage“ gebracht. Hamburgs Polizeipräsident Ralf Martin Meyer könne die Lage mit seinen Einsatzmitteln nicht bewältigen.<sup>[6]</sup>

Anwohner der betroffenen Stadtviertel protestierten am 1. September 2016 im Bezirk Hamburg-Mitte gegen das vorgestellte Sicherheitskonzept<sup>[7]</sup> und äußerten am 8. und 9. Dezember 2016 erneut starke Sorgen. Wegen der Anreise vieler gewaltbereiter Demonstranten sei eine Konfrontation mit der Polizei vorhersehbar: „Wir werden als Bühne für etwas benutzt, was hier keiner will.“<sup>[8]</sup> In einer repräsentativen Umfrage vor dem 6. Juli 2017 fanden es 74,3 Prozent der befragten Hamburger falsch, den Gipfel mitten in der Stadt auszurichten. 87,1 Prozent fanden Aufwand und Kosten unverhältnismäßig hoch. 73,5 Prozent erwarteten keine nennenswerten Gipfelergebnisse. 39 Prozent befürchteten Krawalle, 34,9 Prozent Terroranschläge, 26,1 Prozent Verkehrschaos. 48,2 Prozent bejahten die 38 Quadratkilometer große Demonstrationsverbotszone, 52,6 Prozent befürworteten ein Protestcamp mit Schlafplätzen. 82,7 Prozent wollten an keiner Protestdemonstration teilnehmen. 20,9 Prozent wollten die Stadt während des Gipfels verlassen.<sup>[9]</sup>

Nach den Gewalttaten am 7. Juli sagte Jan Reinecke vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK): „Hamburg hätte niemals Austragungsort des G20-Gipfels sein dürfen.“ Die Politik trage die alleinige Verantwortung für verletzte Polizisten und Zerstörung in der Stadt.<sup>[10]</sup> Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dagegen verteidigte Merkels Entscheidung: Man habe 10.000 Teilnehmer und Medienvertreter unterbringen müssen.<sup>[11]</sup> Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte am 8. Juli, der Staat allein entscheide, wo ein Gipfel statfinde, und lasse sich nicht von potentiellen Gewalttätern den Tagungsort diktieren.<sup>[12]</sup>

## Der Gipfel



### Teilnehmer

# Teilnehmende G20-Staaten<sup>[14]</sup>

Staat	Vertreter
 Argentinien	Mauricio Macri, Präsident
 Australien	Malcolm Turnbull, Premierminister
 Brasilien	Michel Temer, Präsident <sup>[15]</sup>
 Volksrepublik China	Xi Jinping, Präsident
 Deutschland	Angela Merkel, deutsche Bundeskanzlerin (Gastgeberin)
 Frankreich	Emmanuel Macron, Präsident
 Vereinigtes Königreich	Theresa May, Premierministerin
 Indien	Narendra Modi, Premierminister
 Indonesien	Joko Widodo, Präsident
 Italien	Paolo Gentiloni, Premierminister
 Japan	Shinzō Abe, Premierminister
 Kanada	Justin Trudeau, Premierminister
 Südkorea	Moon Jae-in, Präsident
 Mexiko	Enrique Peña Nieto, Präsident
 Russland	Wladimir Putin, Präsident
 Saudi-Arabien	Ibrahim al-Assaf, Staatsminister <sup>[16]</sup>
 Südafrika	Jacob Zuma, Präsident
 Türkei	Recep Tayyip Erdoğan, Präsident
 Vereinigte Staaten	Donald Trump, Präsident
 Europäische Union	Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates



Gruppenfoto mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Mitte. Details siehe Belege.<sup>[13]</sup>

Land/Institution	Vertreter
 Niederlande	Mark Rutte, Premierminister
 Norwegen	Erna Solberg, Premierministerin
 Singapur	Lee Hsien Loong Premierminister
 Spanien	Mariano Rajoy, Premierminister
 Afrikanische Union	Vertreten durch Alpha Condé, Präsident von  Guinea
 Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung	Vertreten durch Macky Sall, Präsident des  Senegal
 Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft	Vertreten durch Nguyễn Xuân Phúc, Premierminister von  Vietnam
 Vereinte Nationen	Vertreten durch den Generalsekretär António Guterres
 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Vertreten durch den Generalsekretär José Ángel Gurría
 Internationaler Währungsfonds	Vertreten durch die Direktorin Christine Lagarde
 Weltbank	Vertreten durch den Präsidenten Jim Yong Kim
 Welthandelsorganisation	Vertreten durch den Generaldirektor Roberto Azevêdo
 Financial Stability Board	Vertreten durch den Vorsitzenden Mark Carney
 Internationale Arbeitsorganisation	Vertreten durch den Generaldirektor Guy Ryder
 Weltgesundheitsorganisation	Vertreten durch den Generaldirektor Tedros Adhanom

Insgesamt nahmen 35 Delegationen mit 6.500 Gästen teil, davon 41 besonders zu schützende Politiker.<sup>[17]</sup> Sie übernachteten in verschiedenen Hotels und Gästehäusern im gesamten Stadtgebiet.<sup>[18]</sup>

## Partner- und Rahmenprogramm

Joachim Sauer, Merkels Ehemann, war Gastgeber des Partnerprogramms der mitgereisten Ehepartner und Begleiter der Staats- und Regierungschefs. Der vorgesehene Besuch im Klimarechenzentrum fiel aus Sicherheitsgründen aus und wurde durch Vorträge im Hotel Atlantic ersetzt. Zum Programm gehörten eine Hafenrundfahrt und eine Führung durch das Hamburger Rathaus.<sup>[19]</sup>

Am Abend des 6. Juli kamen bis zu 12.000 Besucher zum „Global Citizen Festival“ in die Barclaycard Arena (Hamburg). Neben den Rednern Merkel, Trudeau, Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und der Inderin Vandana Shiva traten Musiker und Bands wie Coldplay, Ellie Goulding, Pharrell Williams, Andreas Bourani und Herbert Grönemeyer dort auf.<sup>[20]</sup> Andere Bands hatten im September 2016 bei einem vorbereitenden Konzert in New York City für mehr Engagement im Kampf gegen Armut geworben. 9000 Gratistickets für das Gipfelkonzert waren in den sozialen Medien an Personen verlost worden, die im Internet Texte, Fotos und Videos über diesen Kampf gegen Armut lasen und weiterverbreiteten. Schirmherr des Konzerts war der Sänger Chris Martin.<sup>[21]</sup>



Besichtigung des Hamburger Rathauses beim Partnerprogramm

Am Abend des 7. Juli besuchten die Staatsgäste ein Konzert des Philharmonischen Staatsorchesters Hamburg in der Elbphilharmonie. Auf Merkels Wunsch dirigierte Kent Nagano Beethovens 9. Sinfonie, deren Schlusschor „Ode an die Freude“ der Europahymne zugrundeliegt.<sup>[22]</sup>

## Politikberatung

Zu den Vorbereitungsgremien des Gipfels gehörten Business 20 (B20), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Civil 20 (C20). Den deutschen C20-Prozess gestalteten das Forum Umwelt und Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). Institut für Weltwirtschaft und Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina führen den deutschen Think-20-Prozess (T20) durch.<sup>[23]</sup> Im Auftrag der Bundesregierung führten Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) den offiziellen G20-Wirtschaftsdialog durch.<sup>[24]</sup>

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) gab in der Sonderstudie *Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I* Empfehlungen zur deutschen G20-Präsidentschaft. Die jeweiligen Treffen fanden zwischen Januar und Juli 2017 in verschiedenen deutschen Städten statt.<sup>[25]</sup>



W20#2017: Berlin(26. April)



Beratungen beim Gipfel

## Politikschwerpunkte

Die Welthungerhilfe sah den Hunger in Afrika als Schwerpunkt, der nach ihren Berechnungen seit 1990 zunahm und aktuell etwa 232,5 Millionen Menschen betrifft. Jeder Euro, der zum Vermeiden von Hungersnöten ausgegeben werde, sei vier- bis fünfmal so wirksam wie Ausgaben nach deren Eintreten.<sup>[26]</sup>

Merkel versprach im April 2017, die Forderungen des W20-Treffens beim G20-Gipfel einzubringen, darunter mehr Beschäftigung von Frauen, Unterstützung für weibliche Unternehmer und systematische Einbeziehung der Geschlechtergerechtigkeit.<sup>[27]</sup> Zudem kündigte die Bundesregierung an, einen „Marshallplan mit Afrika“ zur Grundlage des *Compact-with-Africa*-Plans bei G20 zu machen. Dieser Plan solle Investitionen in Afrika vermehren, einige afrikanische Vorzeigestaaten besonders fördern und dies an Auflagen koppeln. Bei einem Vortreffen im Juni 2017 vereinbarte die Bundesregierung mit einigen afrikanischen Staaten verbesserte Rahmenbedingungen für nationale und internationale Investoren und leichteren Zugang zu Krediten. Dafür sollten diese Partnerstaaten erneuerbare Energien fördern und den Finanzsektor reformieren. Die als stabil und wirtschaftlich stark angesehenen Staaten Tunesien, Elfenbeinküste und Ghana erhielten eine 300-Millionen-Euro-Zusage für 2017; Kandidaten für ähnliche Zusagen waren Ruanda, Senegal und Marokko. Die Wirtschaftswissenschaftler und Afrika-Experten Robert Kappel und Helmut Reisen (Friedrich-Ebert-Stiftung) kritisierten, dass der Plan gerade die ärmsten Staaten Afrikas ausgrenze, eine „neoliberale“ Agenda der Deregulierung, Privatisierung, rigiden Haushaltsführung und Öffnung für ausländische Investoren verfolge, hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Infrastruktur, gezielte Hilfsstrategien für afrikanische Unternehmen und das Thema Bildung ausblende. - Die Klimapolitik der G20 betrifft Afrika ebenfalls stark, da der Klimawandel in vielen afrikanischen Staaten Ernteausfälle, Hungerkrisen, soziale Spannungen und Massenflucht bewirkt hat und bewirken kann. Auch an der globalen Bekämpfung von Schwarzgeldverstecken und Steueroasen zeigten afrikanische Staaten besonderes Interesse, da sie durch Steuervermeidung und illegale Geldabflüsse pro Jahr 50 Milliarden Dollar Einnahmen verlieren.<sup>[28]</sup>

## Ergebnisse

Am 7. Juli standen zunächst die Themen Terrorismus, freier Welthandel und der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen auf der Gipfeltagesordnung. Am 8. Juli sollte auch Afrika Thema für die gemeinsame Erklärung sein.<sup>[29]</sup>



Das 30 Seiten umfassende gemeinsame Abschlusspapier des Gipfels blieb in vielen Teilen vage. Dass es überhaupt zustande kam, galt bereits als Erfolg.<sup>[30]</sup> Die Beschlüsse sind rechtlich nicht bindend.<sup>[31]</sup> Auch viele öffentlich kaum wahrgenommene Zusatzdokumente (Annex in der Weblink-PDF) wurden vereinbart.

Die Abschlusserklärung formuliert den Dissens zwischen USA und den übrigen Gipfelteilnehmern beim Klimaschutz, stellt aber auch Gemeinsamkeiten beim Ausbau erneuerbarer Energien dar. Die anderen 19 Teilnehmerstaaten hielten am Pariser Klimaabkommen fest, bezeichneten es als „unumkehrbar“ und versprachen, es zügig umzusetzen. Nach Verhandlungsabschluss erklärte der Mitunterzeichner Erdoğan jedoch, sein Land werde das Klimaabkommen nicht ratifizieren. Die Türkei sei kein Industriestaat, sondern ein Entwicklungsland wie andere Nachbarstaaten der Region. Frankreichs früherer Staatspräsident François Hollande habe diesen Ländern internationale Fördergelder zugesichert. Der derzeitige französische Präsident Macron lud zu einem weiteren Klimagipfel am 12. Dezember in Paris ein.<sup>[32]</sup>



Ersttreffen zwischen Wladimir Putin (links) und Donald Trump

Der Dissens mit den USA bei Stahlproduktion und -handel blieb bestehen. Die USA werfen Stahlproduzenten in China und Europa Dumpingpreise vor und drohen mit Strafzöllen. Die G20-Staaten forderten einen Bericht zu Überkapazitäten an, der im November 2017 vorliegen soll.<sup>[33]</sup>

Die G20 wollen die Regulierung der Finanzmärkte fortsetzen, die Finanzierung von Terrorismus sowie Steuerflucht bekämpfen, die Märkte offenhalten und Protektionismus und unfaire Handelspraktiken bekämpfen. Dabei nahmen die USA unter Präsident Trump, der Protektionismus befürwortet, eine Sonderrolle ein. In einem Zusatzpapier wurde auch eine G20-Afrika-Partnerschaft vereinbart.<sup>[34]</sup> Weitere Themen waren Migration, Digitalisierung, Beschäftigung, Gesundheit, Frauenförderung und Entwicklungspolitik.<sup>[35]</sup>

Trump und Putin vereinbarten bei ihrem ersten persönlichen Treffen beim Gipfel einen teilweisen Waffenstillstand im Südwesten von Syrien ab 10. Juli 2017, 12:00 Uhr Ortszeit.<sup>[36]</sup> Die nächsten Gipfel sollen in Argentinien, Japan und Saudi-Arabien stattfinden.

## Sicherheitsmaßnahmen

### Polizeiliche Vorbereitung

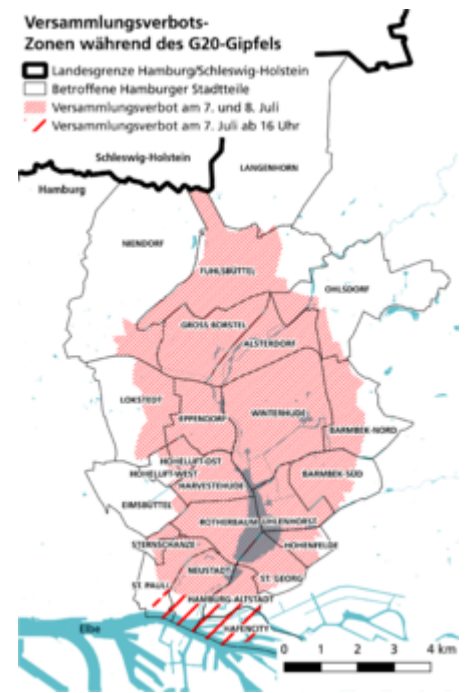
Beim Treffen der OSZE in Hamburg im Dezember 2016 erprobten über 13.000 Polizisten das Zusammenwirken von Einheiten verschiedener Bundesländer und Behörden, darunter Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei, Sondereinsatzkommandos (SEK), GSG 9 sowie private Sicherheitsdienste.<sup>[37]</sup>

Damals erwartete die Polizei für Juli 2017 bereits 100.000 Gipfelgegner, darunter bis zu 10.000, die sich als Schwarzer Block formieren könnten.<sup>[38]</sup> Man rechnete von Beginn an mit gewalttätigen Auseinandersetzungen, besonders mit Autonomen aus südeuropäischen Staaten. Eine mit HK G36-Sturmgewehren ausgerüstete, wie die GSG 9 ausgebildete Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE+) der Bundespolizei sollte Tatverdächtige festnehmen. In Hamburg-Harburg wurde eine Gefangenensammelstelle (Gesa) mit 150 Einzelzellen, Gemeinschaftszellen für 250 Personen und einer Außenstelle des Amtsgerichts Hamburg gebaut. Sie enthielt Containerbüros für neun Richter, Staatsanwälte, Strafverteidiger und Mitarbeiter, die im 24-Stunden-Schichtbetrieb über Gewahrsnahmen von bis zu zehn Tagen zur Gefahrenabwehr oder Untersuchungshaft entscheiden sollten. Häftlinge sollten in die Justizvollzugsanstalt Billwerder, notfalls auch das ehemalige Frauengefängnis auf Hahnöfersand kommen. Festnahmen sollten vor allem Sitzblockaden auf VIP-Fahrtrouten, „NoCops-Zonen“ und Versuche verhindern, Landungen von Regierungsflugzeugen mit aufsteigenden Luftballons zu verzögern.<sup>[37]</sup> Bis Mai 2017 wurden jedoch nur 70 Einzelzellen gebaut. Dafür sollten die neun Quadratmeter großen Sammelzellen bis zu fünf Personen aufnehmen. Sie hatten zwar Klimatisierung, dimmbares Licht, Rauchmelder und Notrufeinrichtung, aber davon getrennte Toiletten und Waschräume. Polizeikräfte sollten Inhaftierte zu Fuß dorthin begleiten.<sup>[39]</sup>

Am 10. Mai warnte Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD), Blockierer von Fahrzeugkolonnen ausländischer Staatsgäste würden sich gefährden.<sup>[40]</sup> Deren Sicherheitskräfte könnten zu drastischen Maßnahmen greifen.<sup>[41]</sup> G20-Gegner deuteten dies als Einschüchterungsversuch.<sup>[42]</sup> Am 9. Juni erließ die Hamburger Polizei das bisher größte Demonstrationsverbot in einer deutschen Großstadt: Sie untersagte für den 7. und 8. Juli alle Versammlungen in einem 38 Quadratkilometer großen Stadtgebiet, das Flughafen, Messehallen und die meisten Hotels der Gipfelgäste umfasste. Ein zweites Verbot für den 7. Juli umfasste den Bereich um die Elbphilharmonie.<sup>[43]</sup> Als Grund gab Grote an, nur so ließen sich der „Transferkorridor“ für die An- und Abreise der Staatsgäste sichern, Blockaden, Fahrzeugsstops und unberechenbare Reaktionen von Personenschützern verhindern. Die Verfügung brach sein Versprechen, ein „Festival der Demokratie“ und Proteste in Hör- und Sichtweite des Tagungsorts zu ermöglichen. Die Linke Hamburg protestierte dagegen. G20-Gegner klagten gegen die großflächige Aufhebung von Grundrechten.<sup>[44]</sup>

Duddes interner Rahmenbefehl vom 9. Juni für über 20.000 Polizisten gab dem Schutz der Staatsgäste „höchste Priorität“. Er befahl eine „niedrige Einschreitschwelle“, um Störungen und Blockaden von Gipfelteilnehmern sofort zu verhindern. Er verbot allen Polizeibeamten Handyanrufe und das Hochladen von Bildern im Internet. Sie sollten „ein tolerantes, betont offenes, kommunikatives und freundliches Verhalten“ zeigen und mit „tadellosem Erscheinungsbild und korrektem Auftreten“ zum Gipfelerfolg beitragen. Kurz vor Gipfelbeginn bekräftigte er intern seine harte Einsatzlinie: Ein Wasserwerfer habe keinen Rückwärtsgang. Nicht Blockaden, sondern erfolgreiche Straßenräumungen seien zu melden. Damit, so Berichterstatter, habe er eine Eskalationsstrategie vorgegeben und Konfrontation vorprogrammiert.<sup>[45]</sup>

Am 15. Juni stellten Grote und Dudde ihr Polizeikonzept vor. Sie wollten einen reibungslosen Gipfelablauf gewährleisten, aber unvermeidbare Einschränkungen der Bürger auf das Nötigste begrenzen, nicht die ganze Innenstadt sperren und keine Massen verhaften. Neben Objektschutz waren verstärkte Polizeistreifen im ganzen Stadtgebiet vorgesehen. Man erwartete zwischen 4000 und 10.000 gewaltbereite Gipfelgegner. In einer von Polizeihubschraubern überwachten Flugbeschränkungszone mit 55,5 Kilometern Radius durften sich beim Gipfel nur Privatflugzeuge mit Sondererlaubnis und keine privaten Drohnen bewegen. Gegen starke Verstöße sollten ständig startbereite Abfangjäger der Deutschen Luftwaffe innerhalb von fünf Minuten eingreifen. Rund um die Messehallen wurden zwei Sicherheitszonen eingerichtet: Zur ersten („roten“) Zone hatten nur G20-Teilnehmer und ausdrücklich Berechtigte Zugang. Ein starkes, engmaschig aufgestelltes Polizeiaufgebot des BKA schirmte sie ab. In der zweiten („gelben“) Zone mit Karolinen- und Schanzenviertel wurden Straßensperren und Kontrollpunkte eingerichtet, die nur Anwohner, Post- und Pflegedienste mit gültigem Personalausweis durchließen. Individualverkehr und das Abstellen von Fahrzeugen wurden dort verboten. Auch der Rathausbereich und zugehörige U-Bahn-Stationen wurden gesperrt. Deutsche Polizisten und ausländische Sicherheitsbeamte sollten Hotels für Staatsgäste gemeinsam bewachen. Die Routen für VIP-Fahrten vom Flughafen Hamburg bis zu Unterbringungs- und Veranstaltungsorten wurden beim Gipfel für gewöhnliche Verkehrsteilnehmer gesperrt. Gullydeckel wurden verschweißt. Taucher inspizierten den Unterwasserbereich von Brücken in den Sicherheitszonen, Patrouillenboote sicherten die Wasserwege. Damit wurden Auflagen des United States Secret Service und anderer ausländischer Sicherheitskräfte erfüllt. Gegen Angriffe mit Sprengmitteln, Handgranaten und schweren Waffen hatte die Hamburger Polizei das zwölf Tonnen schwere, bis zu 100 km/h schnelle Sonderfahrzeug Survivor R angeschafft.<sup>[37]</sup> Dudde kündigte an, es werde



Versammlungsverbots-Zonen der Hamburger Polizei während des Gipfels



Wasserwerfer und Sonderwagen in Hamburg

„alles an Polizeiequipment zu sehen sein, was es gibt“, darunter gepanzerte Fahrzeuge, Drohnen, Polizeiboote, elf Hubschrauber, sechs aus Frankreich geliehene Spezialfahrzeuge für Absperrungen. Kriegswaffen seien aber ausgeschlossen: „Das wird hier kein Polizeistaat werden.“<sup>[46]</sup>

Österreich schickte 215 Polizisten, darunter das Einsatzkommando Cobra (eine Antiterror-Einheit), die Sondereinheit WEGA<sup>[47]</sup> sowie Grenz- und Verkehrspolizeibeamte aus dem Burgenland und Kärnten.<sup>[48]</sup> Am 26. Juni erlaubte das Bundesverwaltungsamt dem mitreisenden Sicherheitspersonal der USA, Großbritanniens und des IWF, Waffen zu tragen.<sup>[49]</sup> Das Auswärtige Amt verbot jenen Leibwächtern Erdogans die Einreise, gegen die US-Gerichte nach dem Übergriff auf Demonstranten im Mai 2017 vor der türkischen Botschaft in Washington D.C. Haftbefehle erlassen hatten.<sup>[50]</sup>

Am 28. Juni erwarteten die Behörden bis zu 8000 anreisende gewaltbereite Linksextremisten, Straßenkämpfe zwischen Polizei und Autonomen, Türken und Kurden, darunter Anhängern der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Putin-Anhängern und -Gegnern sowie mögliche gezielte Anschläge, etwa auf Ampeln, Funkmasten, Stromversorgung, sowie Blockaden des Neuen Elbtunnels und im Hafen. Darum wurden die *Besondere Aufbauorganisation* (BAO) und Spezialeinheiten aus Österreich und den Niederlanden hinzugezogen. Eine BKA-Sicherungsgruppe übernahm den Personenschutz, die Bundespolizei war für Bahnareale zuständig. Hamburgs Polizeipräsident Ralf Martin Meyer erklärte, man sei bestens vorbereitet, könne aber Sachbeschädigungen und brennende Fahrzeuge wegen der vielen möglichen Ziele nicht verhindern. Bei Straftaten wollte man gemäß Duddes „Hamburger Linie“ sofort und hart eingreifen.<sup>[51]</sup> Am 29. Juni durchsuchte die Polizei Wohnungen in Stellingen, Ottensen und Eimsbüttel, deren Bewohner Straftaten öffentlich gebilligt haben sollten.<sup>[52]</sup>

Am 4. Juli präsentierte die Polizei gefährliche Gegenstände und Waffen, die sie bei mutmaßlichen Linksautonomen beschlagnahmt hatte, darunter mit einem Bitumengemisch abgefüllte Feuerlöscher, als Anzünder geeignete Bengalos, Flaschen mit brennbaren Flüssigkeiten, aus denen sich nach ihren Angaben Molotowcocktails herstellen lassen, sowie ein Störsender gegen die Ortung von Handysignalen.<sup>[53]</sup>

## Einreisekontrollen

Am 17. Mai 2017 ordnete das Bundesministerium des Innern Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen an, um die Einreise von Gewalttätern zum Gipfel zu verhindern. Die Kontrollen sollten lageabhängig, also örtlich und zeitlich flexibel erfolgen. Der konkrete Zeitraum sollte erst unmittelbar vor ihrem Beginn bekannt gegeben werden.<sup>[54]</sup> Am 12. Juni wurden die Kontrollen für einen Monat eingeführt. Ab 1. Juli weitete die Bundespolizei sie aus, besonders an den Grenzen Baden-Württembergs zur Schweiz und zu Frankreich. An kleinen und großen Grenzübergängen wurden Pkws, Züge, Busse und der Flugverkehr überwacht. Zudem kontrollierte die Bundespolizei, abgestimmt mit den Nachbarstaaten und der EU-Kommission, verdachtsunabhängig in einem 30-km-Radius um die Grenzen.<sup>[55]</sup>

Am 5. Juli kontrollierte die Bundespolizei in Basel stundenlang einen Sonderzug zum G20-Gipfel mit 210 Fahrgästen. Nach eigenen Angaben stellte sie dabei Atemschutzmasken, Mundschutze und Schutzbrillen sicher und verwehrte 33 Personen nach Datenabgleich die Einreise nach Deutschland,<sup>[56]</sup> einigen davon wegen bloßer früherer, irrtümlicher Festnahmen. Polizeiliche Datenbanken erfassen meist nicht, ob Gerichte einen Verdacht später bestätigten. Die Bundespolizei stützte ihre Verbote nach Eigenangaben in mindestens zwölf Fällen auf Abfragen bei der Schweizer Polizei sowie Informationen anderer Staaten und das Verhalten der kontrollierten Personen. Sie muss die Verbote gegenüber der Polizei des Herkunftslandes nicht begründen. Drei Schweizer klagten erfolgreich vor deutschen Gerichten gegen ihr Einreiseverbot.<sup>[57]</sup>

Am 10. Juli wurde bekannt, dass bei den Kontrollen 673 Täter gefasst wurden, gegen die offene Haftbefehle ohne Bezug zum G20-Gipfel vorlagen.<sup>[58]</sup>

## Ausschluss von Journalisten



Über 5000 Journalisten waren zum Gipfel angemeldet. Die Bundesregierung entzog 32 davon am Abend des 6. Juli nachträglich die Akkreditierung.<sup>[59]</sup> Ab dem 7. Juli durften neun Journalisten das Pressezentrum der Hamburger Messehallen nicht mehr betreten und mussten ohne Angabe von Gründen ihre Pressekarte abgeben. Damit konnten sie keine Fototermine oder Pressekonferenzen mit wichtigen Politikern mehr besuchen. Einen direkten Zugang zum Gipfel oder zu Beratungen der Staats- und Regierungschefs hatten Inhaber der Pressekarte nicht.<sup>[60]</sup>

Nach Bekanntwerden des Kartenentzugs auf dem Kurznachrichtendienst Twitter verwies das BKA auf „sicherheitsrelevante Erkenntnisse“, die Bundesregierung auf „Sicherheitsbedenken“ beteiligter Behörden. Am 10. Juli gab Regierungssprecher Steffen Seibert eine Ausschlussliste für weitere 23 zuvor akkreditierte Journalisten bekannt, die nicht beim Pressezentrum erschienen waren. Konkrete Ausschlussgründe nannte er mit Verweis auf den Persönlichkeitsschutz nicht. Ein ARD-Bericht (11. Juli) vermutete, der Ausschluss könne auf Angaben des türkischen Geheimdienstes beruhen, weil die Türkei zwei betroffene Fotografen im Oktober 2014 kurzzeitig festgenommen hatte. Laut BKA veranlassten erst Zusatzinformationen und die „Gesamtbeurteilung der aktuellen Entwicklungen der Gipfelsituation“ den Akkreditierungsentzug. Laut dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) stammten diese Informationen vom Bundesamt für Verfassungsschutz. Medien berichteten in den Folgetagen, es gebe Datenbankeinträge zu Straftaten wie Körperverletzung, Landfriedensbruch oder Mitgliedschaft in einer gewaltorientierten Gruppe. Die Polizei beaufsichtige seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 eine unbekannte Zahl Journalisten. Da diese Aufsicht beim G20-Gipfel unmöglich gewesen sei, habe man die 32 Journalisten ausgeschlossen. Laut Innenministerium werden Journalisten nur selten „beim Betreten klar definierter Sicherheitsbereiche“ polizeilich beaufsichtigt, um „gegebenenfalls Zwischenfälle zu verhindern“.<sup>[61]</sup> Dem Tagesspiegel zufolge befanden sich ein Mitglied der Reichsbürgerbewegung und mindestens ein PKK-Anhänger unter den ausgeschlossenen Journalisten.<sup>[62]</sup> Der als „Reichsbürger“ Verdächtige stellte sich als NDR-Reporter heraus, dessen Name verwechselt worden war. Laut Innenministerium gab es nur gegen vier Journalisten belastende Hinweise; einer sei als Anführer „extrem gewalttätiger“ schwarzer Blöcke aufgefallen.<sup>[61]</sup> Der Entzug erfolgte nach ersten Ausschreitungen und Kontrollpannen im Pressezentrum, um Störungen durch Zwischenrufe, Beschimpfungen oder Plakate bei Pressekonferenzen von Staatschefs zu vermeiden.<sup>[60]</sup> Kein bekanntgewordener Betroffener war vorbestraft; einige waren wegen Vermerken „politisch motivierter Straftäter“ festgenommen worden, die manche Sicherheitsbehörden trotz eingestellter Ermittlungen jahrelang behalten.<sup>[63]</sup> Auch Anmelder legaler Demonstrationen und „Prüffälle“ standen in Straftäterdateien. Diese waren 2011 letztmals überprüft worden, dabei hatte man viele Falscheinträge und methodische Fehler entdeckt.<sup>[64]</sup>

Seit dem 8. Juli kritisierten Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) sowie zahlreiche deutsche Medienvertreter den Akkreditierungsentzug als schwerwiegenden Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit und kündigten Rechtsschritte dagegen an. Der Verlag des Weser-Kuriers legte beim BKA Widerspruch gegen den Akkreditierungsentzug für seinen Fotografen ein: Es handele sich um den „Entzug eines Grundrechts“.<sup>[65]</sup> Am 11. Juli kritisierten auch der Hamburger Beauftragte für Datenschutz Johannes Caspar und der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar die Ausschlussliste der Bundesregierung als Rechtsverstoß und Stigmatisierung, auch weil sie „als Handzettel quasi offen einsehbar“ kursiert habe. Der Akkreditierungsentzug wirke willkürlich, da die Gründe dafür unklar seien. Sie kündigten Untersuchungen an.<sup>[66]</sup> Das BKA hatte die Ausschlussliste im Pressezentrum verteilt und manchen Fernsteams Einblick ermöglicht. Bis zum 13. Juli erhielt keiner der Betroffenen eine Begründung. Bundesjustizminister Heiko Maas forderte daraufhin eine detaillierte Aufklärung. Das Innenministerium versprach, die Abläufe noch einmal genau zu untersuchen.<sup>[60]</sup>



G-20 Hamburg Presseakkreditierung (Rückseite)

Bis 4. August 2017 erhielt entgegen Seiberts Zusage kein betroffener Journalist eine Begründung seines Ausschlusses. 17 individuelle Auskunftsanträge verwies das Bundespresseamt an den Datenschutzbeauftragten des BKA, weitere acht Rechtsbehelfsanträge der DJU hatte es noch nicht bearbeitet.<sup>[67]</sup> Bis zum 9. August 2017 klagten neun der 32 ausgeschlossenen Journalisten beim Verwaltungsgericht Berlin gegen das Bundespresseamt, um die Unrechtmäßigkeit ihres Ausschlusses nachträglich feststellen zu lassen.<sup>[68]</sup>

## Gewerbe und Verkehr

Viele Hamburger Unternehmen schlossen oder reduzierten ihre Arbeit während des Gipfels.<sup>[69]</sup> Im Schanzenviertel wurden Läden mit Holzbrettern verbarrikadiert, manche beschriftet mit „No G20 Spare Our Store“.<sup>[70]</sup> Der ADAC sagte einen „völligen Verkehrskollaps“ beim Gipfel voraus.<sup>[71]</sup> Hermes Europe kündigte Einschränkungen beim Paketversand an.<sup>[72]</sup>

Vor dem Gipfel übte die Polizei im normalen Verkehr Eskorten von Fahrzeugkolonnen ohne Halt zwischen Flughafen und Veranstaltungsorten. Ab Mittag des 6. Juli sperrte sie viele Hauptstraßen für störungsfreie Fahrten der Staatsgäste. In Winterhude, Eppendorf und Barmbek stand der Verkehr still.<sup>[73]</sup> Auch in den Folgetagen behinderten Polizeisperren den Stadtverkehr. Der Busbetrieb in der Innenstadt wurde stark begrenzt. 32 Buslinien wurden verkürzt oder in Teillinien getrennt. Nur Shuttlebusse durften die gesperrte Zone befahren. U- und S-Bahnen sollten uneingeschränkt fahren. Der Hamburger Verkehrsverbund rechnete nur mit Kurzsperrungen von Ausgängen beim U-Bahnhof Messehallen und S-Bahnhof Hamburg Sternschanze. Für Passagiere verspäteter Flüge wurden zusätzliche S-Bahn-Fahrten zum Bahnhof Airport eingerichtet.<sup>[74]</sup> Der Bahnhof Barmbek war am 6. Juli wegen Polizeisperren stundenlang kaum von Bussen erreichbar. Am 7. Juli zwischen 8:45 Uhr und 14:00 Uhr wurden der Busverkehr am Bahnhof Hamburg-Altona und dann auch die Shuttlebuslinien wegen „unübersichtlicher Demonstrationsslage“ eingestellt. Auf vielen weiteren Linien kam es zu Verspätungen, Umleitungen und Ausfällen.



In der Innenstadt wurden Schaufenster gesichert



Gesperrte Fuhlsbüttler Straße am Vortag des Gipfels

Während des Gipfels durften kaum Personenzüge über Gleise der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn fahren. Planmäßig begannen und endeten fast alle Fernzüge mit Start und Ziel in Hamburg-Altona am Hamburger Hauptbahnhof, wurden dort von Fahrgästen geräumt und fuhrten allenfalls leer durch die Sperrzone in die Abstellanlagen. Andere Fernzüge über Hamburg wurden über die Güterumgebungsbahn Hamburg am Stadtzentrum vorbei geleitet. Die beiden Hamburger Fernbahnhöfe Dammtor und Altona stellten den Fernverkehr weitgehend ein. Regionalzüge aus dem Norden, der Mitte und dem Westen Schleswig-Holsteins wurden zum Bahnhof Hamburg-Altona umgeleitet, wo ihre Fahrgäste in die S-Bahn Hamburg umsteigen mussten. Wegen Polizeieinsätzen und Ausschreitungen musste auch die S-Bahn abends am 7. Juli ihren Betrieb im Innenstadtbereich einstellen. Bereits seit dem Nachmittag fuhrten keine Züge mehr durch den City-Tunnel zwischen Bahnhof Altona und Hauptbahnhof. Die U-Bahn-Linie 3 war vom 7. bis 9. Juli in St. Pauli und der Innenstadt unterbrochen. Einzelne U-Bahn-Haltestellen wurden ohne Halt durchfahren.<sup>[75]</sup>

## Proteste

### Bündnisse und Pläne

Im November 2016 bildeten linksgerichtete Gruppen und Verbände, darunter Attac, Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), Die Linke, Interventionistische Linke (IL) und Kongress der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (NAV-DEM), das Bündnis „Grenzenlose Solidarität statt G20“. Sie meldeten für den 8. Juli 2017 eine Demonstration unter diesem Motto an, die vom Bahnhof Hamburg Dammtor über mehrere Routen durch die Innenstadt zum Heiligengeistfeld gehen sollte.<sup>[76]</sup> An der ersten Aktionskonferenz vom 2. bis 4. Dezember 2016 in der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) nahmen etwa 500 Personen teil. Zuvor hatte die Hochschulleitung die Räume kurzfristig gekündigt, weil sie einige eingeladene Gruppen als „gewaltorientiert“ einstufte. Ein Amtsgericht hatte das Verbot aufgehoben.<sup>[77]</sup> An der Konferenz nahmen das Netzwerk Recht auf Stadt, die IL, der Verband der Studierenden aus Kurdistan, Attac und viele weitere Gruppen aus Europa teil. Als „Choreografie des Protests“ planten sie einen Gegengipfel mit Podiumsdiskussionen, dezentrale Aktionen wie eine symbolische Hafenblockade, eine autonome Demonstration und die gemeinsame Abschlussdemonstration.<sup>[78]</sup>

Am 18. Februar 2017 gründeten über 100 Schüler, Auszubildende und Studierende aus dem Raum Hamburg den „Jugendrat gegen G20“, um „ein deutliches Signal für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung“ zu setzen.<sup>[79]</sup> Ab März beteiligten sich weltweit über 140 Gaststätten an der Aktion „Soli-Mexikaner gegen Trump“, mit deren Erlös G20-Proteste finanziert wurden.<sup>[80]</sup> Am 31. März gründeten elf Organisationen, darunter die Studierendenvertreter der großen Hamburger Hochschulen und die Hamburger Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), das Bündnis „Gemeinsam statt G20“ mit dem Ziel, den Gipfel durch eine Unterschriftensammlung noch zu verhindern.<sup>[81]</sup> Bis Ende Mai sammelten sie rund 14.500 Unterschriften.<sup>[82]</sup>

An einer zweiten Aktionskonferenz am 8./9. April 2017 beteiligten sich über 800 Menschen. Sie protestierten gegen von der Polizei angekündigte Verbotszonen und kündigten an, diese notfalls zu missachten. Geplant wurden nun zusätzlich ein friedliches „Massen-Corner“ (4. Juli), die Demonstration „G20 – Welcome to Hell“ (6. Juli) und zwei Protestzüge, die am 7. Juli Produktion und Logistikwege im Hamburger Hafen blockieren wollten.<sup>[83]</sup> Zudem fanden ein Blockadetraining und Workshops statt, unter anderem zum Eindringen in die „Rote Zone“. Dass die Stadtverwaltung das Heiligengeistfeld für den 9. Juli sperrte, für einen Schlagermove am 11. Juli aber freigab, wurde als Schikane kritisiert.<sup>[84]</sup> Rund 850 Menschen demonstrierten anschließend in Hamburg gegen G20.<sup>[85]</sup> Am 19. April gründete sich die bundesweite „Jugend gegen G20“ mit zunächst 24 Trägern, darunter Naturfreundejugend Deutschlands, Linksjugend Solid, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Ver.di Jugend, verschiedene Ortsgruppen der IG Metall, DGB-Jugend, kurdisch-internationalistische und antifaschistische Gruppen. Sie organisierten vor allem einen Bildungsstreik in Hamburg<sup>[86]</sup> und demonstrierten nach der Gründung mit über 300 Menschen gegen den Gipfel.<sup>[87]</sup>

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, das Erzbistum Hamburg und 38 kirchliche Gruppen gründeten Anfang 2017 das ökumenische Bündnis *global gerecht gestalten*. Seine Hauptvertreter Erzbischof Stefan Heße und Landesbischöfin Kirsten Fehrs erklärten im April, man wolle den Gipfel nicht blockieren, sondern mit dessen Vertretern in einen Dialog treten, um den nicht bei G20 vertretenen, besonders hilfsbedürftigen Ländern eine Stimme zu geben. Man wolle auf Umweltzerstörung und ungerechte Wirtschaftsstrukturen hinweisen und Aktivisten „Orte der Besinnung und Ruhe“ bieten.<sup>[88]</sup> Das Bündnis richtete im Juni mit NGOs aus über 50 Staaten einen *Civil20-Gipfel* in Hamburg aus, der Forderungen an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergab. Vertreter des Hilfswerks Misereor erwarteten vom G20-Gipfel jedoch kaum Fortschritte im Kampf gegen Armut, globale Erwärmung und Krieg im Mittleren Osten. Bündnisvertreter riefen nicht zu Demonstrationen auf, schlossen sich aber der Kundgebung „Hamburg zeigt Haltung“ (8. Juli) an.<sup>[89]</sup> Das Bündnis bereitete keine gemeinsamen Aktionen mit G20-Gegnern vor. Die Nordkirchensynode hatte Kritik an mangelnder „Legitimität und Transparenz“ der G20 aus ihrer Erklärung gestrichen und nur „Abschottung“, „nationalistische Tendenzen“ und „Partikularinteressen“ kritisiert. Für den Theologen Theo Christiansen verteidigte sie damit das neoliberale System der G20, das jene Tendenzen erst hervorgebracht habe, lehne sich distanzlos an die Interessen der deutschen Politik und Wirtschaft an, missachte antikapitalistische Konsenspositionen des ÖRK und lasse Initiativen in ihren konkreten Kämpfen gegen Rüstungsexporte, Hafen- und Energiepolitik, Fluchtursachen usw. allein.<sup>[90]</sup>

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bejahte den Gipfel, beteiligte sich aber an Aktionen und Demonstrationen für eine „faire Globalisierung“ und gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann erwartete kaum greifbare Ergebnisse, eher zunehmende nationalstaatliche Interessengegensätze, besonders bei der Politik zu Klimawandel, Arbeitsmarkt und Entwicklung. Gleichwohl bleibe G20 als Gegengewicht zum Protektionismus des US-Präsidenten wichtig. Friedliche Proteste seien legitim, Gewalt sei entschieden abzulehnen.<sup>[91]</sup> Katja Karger, Vorsitzende des DGB-Landesverbands Hamburg, sah eher Chancen dafür, dass beim Gipfel auch Arbeitnehmerrechte thematisiert würden.<sup>[92]</sup>

Die Regierungsparteien SPD Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen Hamburg riefen nur zur Demonstration *Hamburg zeigt Haltung* auf. Sie sollte parallel zur Abschlussdemonstration stattfinden, betont gewaltfrei sein und nur einzelne Gipfelteilnehmer kritisieren. Gipfelgegner lehnten eine Demonstration von Gipfelbefürwortern ab. Auch Unterstützer vermissten die angekündigte „Haltung“ zum Gipfel.<sup>[93]</sup> Die Träger der Großdemonstration um deren Anmelder Jan van Aken (Die Linke Hamburg) sahen darin den Versuch, den Protest gegen G20 zu spalten. Die „Gewaltfrage“ werde aufgeblasen, um Menschen von Protesten fernzuhalten.<sup>[94]</sup>

Für die Gipfelwoche vom 2. bis 9. Juli 2017 organisierten viele Bündnisse und Initiativen noch weitere Proteste und Veranstaltungen, die Alternativen zum Kapitalismus aufzeigen sollten. Bis zum 27. Juni 2017 wurden 27 Demonstrationen für die zwei Gipfeltage angemeldet. Insgesamt wurden über 100.000 Demonstranten erwartet.<sup>[46]</sup>

## Auseinandersetzungen um Protestcamps



Protestcamp vor der St.-Johannis-Kirche in Hamburg-Altona

G20-Gegner wollten im Hamburger Stadtpark ein „Antikapitalistisches Camp“ für bis zu 10.000 Menschen errichten und dort vom 30. Juni bis 9. Juli 2017 Protestveranstaltungen abhalten. Hamburgs Stadtverwaltung verbot das Camp als potenzielle Gefahrenquelle nach der Grünanlagenverordnung. Das Oberverwaltungsgericht



Polizisten inspizieren das G20-Protestcamp Entenwerder nach der umstrittenen Räumung

bestätigte das Verbot am 23. Juni: Im Konzept der Veranstalter stehe nicht die Meinungskundgabe im Fokus. Das Bundesverfassungsgericht urteilte dagegen am 28. Juni: Das Camp falle unter das Versammlungsrecht. Die Stadt könne aber Auflagen zu Ort und Umfang verhängen. Die Hamburger Polizei verbot weiterhin ein Camp mit Übernachtungszelten, weil sie darin die Vorbereitung gewalttätiger Aktionen sah. Die Campbetreiber kritisierten dies als Verfassungsbruch und kündigten spontane Proteste im Stadtgebiet an.<sup>[95]</sup>

Am 27. Juni hatte eine große Stadtteilversammlung von Hamburg-St. Pauli Bürger dazu aufgerufen, auswärtigen Demonstranten kostenlos Schlafplätze in Privatwohnungen anzubieten.<sup>[96]</sup> Die Veranstalter von „Yes we camp“ erreichten am 30. Juni eine „Teileinigung“ mit der Polizei und begannen den Aufbau eines Protestcamps ohne Schlafmöglichkeiten in Hamburg-Lurup.<sup>[97]</sup>

Am 1. Juli erlaubte das Hamburger Verwaltungsgericht ein Schlafcamp im weit von der Verbotszone entfernten Elbpark Entenwerder. Am 2. Juli blockierte die Polizei auf Weisung Duddes jedoch die Zufahrtswege und wies den Veranstaltern ohne schriftliche Begründung eine viel kleinere Fläche zu: Auch das weit entfernte Camp biete „Rückzugsräume für militante Gipfelgegner“. Abends kesselte die Polizei das Camp ein und beschlagnahmte elf Schlafzelte. Dabei setzte sie auch Pfefferspray ein und verletzte Aktivisten zufolge mehrere Personen. Diese sprachen von einem „Putsch der Polizei gegen die Justiz“.<sup>[98]</sup> Die *Rote Flora* verlegte ihre abendliche Vollversammlung nach Entenwerder. Camper meldeten eine spontane Demonstration auf der



Zufahrtsstraße an. Nachmittags bauten sie Zelte auf dem Rathausmarkt auf: Hamburg müsse sich zwischen Rechtsstaat oder Polizeistaat entscheiden. Die dortige Abschlusskundgebung der „G20-Protestwelle“ und Amnesty International unterstützten ihre Forderungen.<sup>[99]</sup> Innensenator Grote bekräftigte dagegen das Verbot von Übernachtungscamps; man wisse, dass dahinter „die militante, autonome Szene“ stehe. Die Linkspartei forderte Grotes Rücktritt.<sup>[100]</sup> Am 3. Juli bestätigte das Hamburger Verwaltungsgericht das polizeiliche Verbot von Schlafzelten, Küchen und Duschen.<sup>[101]</sup> Am 4. Juli brachen die Veranstalter das Camp in Entenwerder deswegen ab. Einige kleinere Camps in der Innenstadt räumte die Polizei kurz darauf.<sup>[102]</sup> Es entstanden dezentrale Camps unter anderem an den Kirchen St. Johannis (Altona) und St. Trinitatis (Altona), im Millerntor-Stadion des FC St. Pauli und im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg-St. Georg.<sup>[103]</sup> Am 5. Juli genehmigte das Oberverwaltungsgericht schließlich 300 Schlafzelte für bis zu 900 Personen in Entenwerder. Die Veranstalter bauten es jedoch nicht mehr auf.<sup>[104]</sup>

Auch ein zweites Protestcamp im Altonaer Volkspark genehmigte die Stadt nur auf einem entfernten Randplatz und ohne Schlafzelte, Toiletten und Küchen. Nachdem das Oberverwaltungsgericht dort 300 Zelte erlaubt hatte, duldete die Polizei den Aufbau von 1000 Schlafzelten.<sup>[105]</sup>

## Aktionen in der Gipfelwoche



G20-Protestwelle auf der Binnenalster, 2. Juli 2017



G20-Protestwelle auf dem Hamburger Rathausmarkt, 2. Juli



*1000 Gestalten* im Kontorhausviertel, 5. Juli



„Lieber tanz ich als G20“, 5. Juli



Women's March gegen Trump und G20, 5. Juli



Schwarz gekleidete Demonstranten bei *Welcome to Hell*, 6. Juli



Datum	Veranstaltung	Teilnehmerzahl
2. Juli	G20 Protestwelle	10.000
4. Juli	Hard Cornern	mehrere 1000
5. Juli	Lieber tanz ich als G20! 1000 Gestalten	11.000 (P) - 20.000 (V) ~ 1000
5.–6. Juli	Gipfel für Globale Solidarität	1500
6. Juli	Welcome to Hell	12.000
7. Juli	Block G20 – colour the red zone Shut down the logistics of capital	mehrere 1000
8. Juli	Grenzenlose Solidarität statt G20 Hamburg zeigt Haltung	50.000 (P) - 76.000 (V) 3.000 - 5.000

Die „G20 Protestwelle“ am 2. Juli führte durch Hamburgs Innenstadt. Parallel fand eine Demonstration mit 130 Booten auf der Binnenalster statt. Veranstalter waren Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Campact, DGB-Bezirk Nord, Greenpeace, Naturschutzbund Deutschland, Naturfreunde, Oxfam und WWF. Rund 10.000 Teilnehmer forderten „gerechten Welthandel schaffen – Klima retten – soziale Ungleichheit bekämpfen – Demokratie stärken“. Im Hafen wurde ein Kohlefrachter mit der Parole „End Coal“ (Kohleausstieg) beschriftet.<sup>[106]</sup>

Am Abend des 4. Juli veranstaltete das Bündnis „Alles Allen“ und Freies Sender Kombinat das „hedonistische Massencornern“ (öffentliche Straßenparties). Daran beteiligten sich vor allem in Nachbarvierteln zum Gipfelgelände Tausende, besetzten Bürgersteige und Straßenecken, errichteten Infostände und spielten Musik. Später räumte die Polizei die Kreuzung Neuer Pferdemarkt mit Wasserwerfern.<sup>[107]</sup>

Zum 5. Juli hatten 30 Künstler aus Berlin und Hamburg die Kunstperformance „1000 Gestalten“ vorbereitet. Dabei wandelten komplett grau geschminkte und gekleidete Gestalten langsam durch Hamburg-HafenCity und Innenstadt zum Burchardplatz, um „auf die Auswirkung des Kapitalismus in der jetzigen Form“ hinzuweisen. Zuletzt warfen sie die graue Kleidung ab und verwandelten sich in bunten Protest.<sup>[108]</sup> Abends nahmen bis zu 20.000 Menschen an der vom Bündnis „Alles Allen“ organisierten „Nachtanzdemonstration“ teil, zogen zu Musik aus Lautsprecherwagen von den St. Pauli-Landungsbrücken bis zum Gänsemarkt in Hamburg-Neustadt.<sup>[109]</sup>

Am 5. und 6. Juli nahmen rund 1500 Menschen am *Gipfel für globale Solidarität* teil, den unter anderen Attac, BUND und Heinrich-Böll-Stiftung organisierten. Über 70 Veranstaltungen fanden hauptsächlich auf dem Kampnagel und im Museum der Arbeit in Barmbek statt.<sup>[110]</sup> Übergreifendes Thema war die Frage, welche Wirtschaftsform Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung überwinden und ein selbstbestimmtes, solidarisches, menschenwürdiges Leben ermöglichen kann. Einzelthemen waren etwa:

- unbezahlte Fürsorgearbeit von Frauen,
- Folgen des Bergbaus in rohstoffreichen Ländern,
- Folgen der EU-Austeritätspolitik in Südeuropa,
- Zusammenhänge von Klimawandel, Kriegen und Massenflucht,
- ausbeuterische Arbeitsverhältnisse,
- unfaire Handelsverträge,
- Proteststrategien und Bündnisse,
- die eigene, tägliche Verstrickung in den Kapitalismus.

In ihrer Eröffnungsrede beschrieb die Bürgerrechtlerin und Ökologin Vandana Shiva ihren 30-jährigen Kampf gegen internationale Saatgutkonzerne wie Monsanto, deren *Grüne Revolution* die Bauern in Indien zwingt, Pestizide und Dünger zu nutzen, patentiertes Saatgut zu kaufen und sich zu verschulden, den Boden vergiftet, gewachsene Kultur zerstört und zuletzt zehntausende Bauern in den Selbstmord treibe, während die Konzerne verdienen. Die digitale Landwirtschaft mache aus denen, die bisher vom Bodenertrag leben konnten,

Empfänger von Sozialhilfe oder Grundeinkommen. Das kümmere die G20 nicht, weil sie nur dem globalen Finanzkapital diene. Weitere Redner waren Agrarökonom Fanwell Kenala Bokosi aus Simbabwe, Luciana Ghiotto aus Argentinien und Patrick Bond, Professor für politische Ökonomie aus Südafrika. Sie beschrieben, wie die öffentlich-privaten Investitionspartnerschaften von G20-Staaten, Investitionsklauseln von Freihandelsverträgen und Auflagen des IWF die massenhafte Verarmung in ihren Staaten und deren Verschuldung vergrößerten. Die Perspektiven der Veränderung waren jedoch uneinheitlich: Manche setzen auf Einsicht von G20-Staatsführungen, andere auf veränderte Weltmarktregeln, wieder andere auf eine soziale Revolution, die bis zur der nächsten Weltwirtschaftskrise vorzubereiten sei.<sup>[111]</sup> Am 6. Juli diskutierten Vertreter kirchlicher Gruppen über den Zusammenhang von Klimawandel, Agrarpolitik, Ernährung, Hunger und Massenflucht.<sup>[112]</sup>

Die *Rote Flora* hatte für den 6. Juli die Demonstration *Welcome to Hell - Für eine solidarische Welt – gegen den G-20-Gipfel* angemeldet. Sie sollte vom Altonaer Fischmarkt aus neun Kilometer lang über die Hafenstraße, die Reeperbahn, Max-Brauer-Allee, Schlump, Grindelallee, Dammtor bis zum Millerntorplatz laufen. Auf einer Bühne traten unter anderem Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge, die Bands Die Goldenen Zitronen, Neonschwarz<sup>[113]</sup> und Irie Révoltés auf.<sup>[114]</sup> Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort. Obwohl sie tausende Gewaltbereite erwartete, hatte sie anders als sonst keine Auflagen gestellt. Nach ihren Angaben fanden sich bis 19:00 Uhr rund 12.000 Demonstranten ein, darunter etwa 1000 Vermummte; nach Reporterzählungen waren es 600.<sup>[115]</sup> Wasserwerfer blockierten den Demonstrationszug. Die Polizei rief friedliche Demonstranten dazu auf, sich von Vermummten räumlich zu entfernen.<sup>[116]</sup> Polizeisprecher Timo Zill forderte, Vermummungen abzulegen, sonst dürfe man nicht weiterziehen. Zugriffseinheiten wurden zusammengezogen. Viele Maskierte, nicht alle, legten Vermummungen ab. Bis dahin ging nach übereinstimmenden Berichten von den Demonstranten keine Gewalt aus; diese isolierten einen einzelnen Flaschenwerfer. Dann rückten mehrere Hundertschaften von den Seiten in die Menge vor, um (so ihre spätere Begründung) den „schwarzen Block“ von den übrigen Demonstranten zu trennen. Nun wurden Flaschen und Gegenstände geworfen. Teilweise entstand Panik, fliehende Demonstranten wurden verletzt. Nach 20:00 Uhr zerstreute sich der Demonstrationszug. Einzelgruppen errichteten in Nebenstraßen Barrikaden, warfen Steine, Flaschen, zündeten Autos an. Zill wurde angegriffen und floh unverletzt.<sup>[117]</sup> Viele Beteiligte hatten den Eindruck, die Polizei habe die Eskalation bewusst herbeigeführt. Etwa 8000 Demonstranten versammelten sich später zu einer neu angemeldeten Demonstration, die ohne Vorfälle über die vereinbarte Route zog.<sup>[115]</sup>

Für den Vormittag des 7. Juli veranstaltete das Bündnis „Block G20“ Sitzblockaden mit dem Ziel: „G20-Gipfel blockieren und die Rote Zone bunt gestalten“.<sup>[118]</sup> Gleichzeitig blockierte das Bündnis „shut-down Hamburg“ in Hamburg-Wilhelmsburg einen Verkehrsknotenpunkt des Hafens, um den „reibungslosen Ablauf des Kapitalismus“ symbolisch zu stören.<sup>[119]</sup> Tausende Teilnehmer versuchten, die Anreise der Staatsgäste zu behindern. Von mehreren Seiten aus drangen Gruppen in die „rote Zone“ vor und besetzten Straßenkreuzungen. Trumps Fahrzeugkonvoi musste einen Umweg fahren, Jean-Claude Juncker und Donald Tusk verspäteten sich zu einem Termin, Wolfgang Schäuble sagte eine Podiumsdiskussion ab, Melania Trump konnte ihr Hotel vormittags nicht verlassen. Das Partnerprogramm wurde deshalb dorthin verlegt. Die Polizei räumte Sitzblockaden mit Wasserwerfern. Nach ihren Angaben wurden Putins Hotel, eine Polizeistation und ein Hubschrauber angegriffen sowie Streifenwagen beschädigt.<sup>[120]</sup> Weitere Blockadeversuche beim Hamburger Michel, den Landungsbrücken und am Berliner Tor löste die Polizei mit Schlagstockeinsätzen auf.<sup>[121]</sup> Nach Angriffen auf Delegationsfahrzeuge sollten hochrangige Staatsgäste nachmittags vom Messegelände direkt zur Elbphilharmonie fahren.<sup>[122]</sup>

An der Abschlussdemonstration am 8. Juli vom Deichtorplatz zum Millerntor beteiligten sich laut Polizei über 50.000, laut Veranstalter 76.000 Personen.<sup>[123]</sup> Bei der Kundgebung am Millerntorplatz setzte die Polizei kurzzeitig zwei Wasserwerfer ein.<sup>[124]</sup> An der Alternativveranstaltung „Hamburg zeigt Haltung“ beteiligten sich nach Polizeiangaben 3000, nach Beobachtern höchsten 5000 Menschen.<sup>[93]</sup> Zu Beginn fand ein ökumenischer Gottesdienst in St. Katharinen statt sowie ein „Fest für Demokratie und Menschenrechte“. Die Abschlusskundgebung war am Fischmarkt.<sup>[125]</sup> Im Schlussgottesdienst kritisierte Bischof Charles Jason

Gordon aus Barbados die hohe Verschuldung von 116 Staaten, die global ungleichen Besitzverhältnisse, fehlende „moralische Energie“ und die Politik des IWF, die Armut vermehre. Fehrs und Heße kritisierten Gewalttaten von Demonstranten als Missbrauch demokratischer Rechte.<sup>[126]</sup>

## Folgen

### Ausschreitungen und Straftaten



Ausgebranntes Auto



Zerstört und  
geplündert Laden im  
Schanzenviertel



Brennende Barrikade  
im Schanzenviertel

Nach Polizeiangaben wurden zwischen Mai 2016 und Juni 2017 bundesweit über hundert Brandanschläge mit Bezug auf den G20-Gipfel verübt.<sup>[127]</sup> Im März 2017 zündeten unbekannte G20-Gegner mehrere Einsatzfahrzeuge der Hamburger Polizei an.<sup>[128]</sup> Im April 2017 wurde die Werbeagentur Scholz & Friends, die das Logo für den G20-Gipfel entworfen hatte, mit Farbbeuteln beworfen.<sup>[129]</sup> Am 18. Juni 2017 verübten Unbekannte Brandanschläge auf 12 Streckenabschnitte und Signalanlagen der Deutschen Bahn im Bundesgebiet. Ein im Internet veröffentlichter Bekennerbrief einer Gruppe *Shutdown G20 – Hamburg vom Netz nehmen!* erklärte die Anschläge als Versuch, „die alles umfassende wirtschaftliche Verwertung“ zu unterbrechen.<sup>[130]</sup>

Am Abend des 6. Juli, nachdem die Demonstration „Welcome to Hell“ aufgelöst worden war, zündeten Einzelgruppen in mehreren Stadtteilen Autos und Barrikaden an, zerstörten Schaufenster und griffen Polizeibeamte an.<sup>[131]</sup> Morgens am 7. Juli zogen schwarz Vermummte durch Altona, zündeten in der Elbchaussee und anderen Straßen parkende Pkw an, schlugen Scheiben ein und beschädigten Polizeiwagen.<sup>[132][133]</sup> Der Honorarkonsul der Mongolei musste das Büro seiner Villa nach Steinwürfen verlassen.<sup>[134]</sup> Am Nachmittag räumte die Polizei nach Steinwürfen von Vermummten eine Blockade bei den St. Pauli-Landungsbrücken mit Wasserwerfern.<sup>[135]</sup>

Nach Polizeiprotokollen bewaffneten sich ab etwa 19:00 Uhr rund hundert Personen im Schanzenviertel mit Eisenstangen, zündeten vor der Roten Flora ein Feuer an und bewarfen Einsatzkräfte mit Böllern. Daraufhin verlegte die Polizei Wasserwerfer und weitere Einheiten vor die Straße Schulterblatt. Gegen 20:00 Uhr wuchs die Menge auf rund 500 Personen, die weitere brennende Barrikaden errichteten. Nach 21:00 Uhr rückten Polizeikräfte von einer Nebenstraße aus gegen sie vor, zogen sich aber nach Bewurf mit Steinen und Flaschen wieder zurück. Ab 21:31 Uhr verweigerten sie Duddes Befehl zum Vorrücken, weil sie schwere Verletzungen und Lebensgefahr befürchtet haben sollen. Dudde forderte deshalb zunächst Spezialkräfte (SEKs) an.<sup>[136]</sup> In diesen Stunden brachen verschiedene Täter in einige Läden ein und plünderten sie. Andere schossen nach Polizeiangaben mit Zwillen auf die Einsatzkräfte.<sup>[132]</sup> Einige Personen warfen vom Dach des Hauses Am Schulterblatt Nr. 1 Gesteinsbrocken auf Polizisten und einen angezündeten Gegenstand, der verlosch (laut Polizei ein Molotowcocktail). Das SEK traf um 23:26 Uhr ein, brach Türen mit Schüssen aus Sturmgewehren auf und nahm ab etwa 23:45 Uhr auf dem Dach und im Innenhof 13 Personen fest.<sup>[137]</sup> Nach Aussage des Kommandoführers benutzte es Spezialmunition aus Pumpguns und laute Ablenkungsmunition, weil es nur auf Terroranschläge vorbereitet war. Es habe Schusserlaubnis gehabt, weil man mit Schusswaffen bewaffnete Täter

erwartet habe. Die gestellten Personen hätten sich sofort ergeben; Angriffe auf Polizisten seien unterblieben.<sup>[138]</sup> Zwei SEKs, eins aus Sachsen, eins aus Österreich, räumten nach Polizeiangaben am Schulterblatt neun Gebäude, richteten dabei Ziellaser auf Personen und schossen Gummigeschosse auf eine Dachkante.<sup>[139]</sup> Nach anderer Darstellung gaben SEK-Beamte Warnschüsse ab. Gummi-Munition hatte die Einsatzleitung wegen Gefahr von Querschlägern untersagt.<sup>[140]</sup> Nach Aussagen Betroffener bedrohten SEK-Beamte gekennzeichnete Sanitäter, die Verletzte versorgten, mit Maschinenpistolen, ließen sie mit erhobenen Händen einzeln hinaustreten, tasteten sie ab und führten sie aus dem Viertel. Danach erbatene mehrere geschockte Helfer psychologische Nothilfe und stellten ihren Dienst ein.<sup>[141]</sup>

Am Abend des 8. Juli versammelten sich erneut etwa 600 Personen im Schanzenviertel. Einige warfen Flaschen, Steine oder Böller und setzten erneut Barrikaden in Brand. Diesmal löschte die Polizei die Brände rasch mit Wasserwerfern und räumte mehrere Straßen. Dabei setzte sie Pfefferspray und Tränengas ein und nahm einige Personen fest.<sup>[142]</sup> An den beiden Gipfeltagen gaben zwei Zivilbeamte in verschiedener Situation je einen Warnschuss ab.<sup>[143]</sup>

Am 7./8. Juli kamen auch Neonazis nach Hamburg. Das „Antikapitalistische Kollektiv“ (AKK) und Junge Nationaldemokraten (JN) hatten zur Teilnahme an Protesten aufgerufen, bestätigten die Anreise ihrer Mitglieder und ähnlicher Gruppen und äußerten Sympathie für Gewalttaten. Der Journalist und Szenekenner Andreas Scheffel bezeugte, er habe vor Ort rund 70 Rechtsradikale erkannt, die sich auch sonst öfter wie Autonome kleideten und unauffällig unter sie mischten.<sup>[144]</sup> Bei den Krawallen hörten Zeugen auch rechte Parolen. Zum 8. Juli hatten die Hooligans gegen Salafisten zur Fahrt nach Hamburg aufgerufen.<sup>[145]</sup>

Am 10. Juli folgten tausende Hamburger einem Facebook-Aufruf zur Aktion „Hamburg räumt auf“ und beseitigten Spuren von Ausschreitungen im Schanzenviertel.<sup>[146]</sup>

## **Polizeiübergrieffe**

Seit dem Gipfel erschienen viele Videoaufnahmen im Internet, auf denen Polizisten Demonstranten, Journalisten und Unbeteiligte schlagen, treten oder schubsen. Zwar zeigen sie oft den Hergang nicht, aber auch Augenzeugen berichteten über unverhältnismäßiges Polizeiverhalten. Ob es bei den häufigen Räumungen mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken exzessive und unrechtmäßige Gewalt gab, wird ermittelt. Zum Beispiel besprühten zwei Beamte eine Frau mit Pfefferspray, die auf ein Räumfahrzeug der Polizei geklettert war.<sup>[147]</sup> Auf Videos schlägt ein Polizist einen Mann, der die Weiterfahrt des Polizeibusses behindert, direkt mit der Faust ins Gesicht; treten mehrere Polizisten einen am Boden liegenden Demonstranten;<sup>[148]</sup> prügeln einen flüchtenden Demonstranten mit Schlagstöcken, ein dritter schlägt ihm von der anderen Seite mit der Faust ins Gesicht; schlagen eingekesselte, über eine Mauer fliehende Demonstranten von hinten; treten auf gestürzte, am Boden liegende Menschen ein; richten Wasserwerferstrahle gezielt auf Einzelne auf abschüssigen Häuserdächern. Insgesamt hatten manche Journalisten den Eindruck einer systematischen Eskalationsabsicht der Hamburger Polizei.<sup>[149]</sup>

Medien berichteten über weitere Fälle anhand von Zeugenaussagen. Elf beim Sturz von einem Zaun schwer Verletzte gaben an, Polizisten hätten sie beschimpft, den Zaun zum Einsturz gebracht und auf Gestürzte eingetreten.<sup>[150]</sup> Ein Demonstrant soll beim Versuch, sich von Tumulten zu entfernen, von einer Polizeieinheit in einen Hauseingang gedrückt und dort brutal misshandelt worden sein. Polizisten hätten ihm erklärt, sich an ihm für Taten anderer zu rächen, gedroht, ihm die Knochen zu brechen und ihn umzubringen, ihn mehrmals ins Gesicht geschlagen, ihm die Arme verdreht, seinen Kopf bis auf Kniehöhe nach unten gedrückt, ihn beim Abführen als „Dreckszecke“, „Muschi“ und „Kanacke“ beschimpft, ihn gegen einen Laternenpfahl laufen lassen, mit einem Faustschlag seine Nase gebrochen. Dann habe man ihn gefesselt und blutend ohne erste Hilfe in einem Polizeiauto festgehalten, erst nach Stunden in die Gese gefahren, dort nackt gedemütigt und weitere Stunden auf einen Arzt warten lassen. Dessen Diagnose, die Nase sei nicht gebrochen, habe ein anderer Arzt später als falsch festgestellt. Man habe ihm erst sehr spät einen Anwaltsanruf gewährt und ihn nach 11 Stunden ohne jede Erklärung freigelassen.<sup>[151][148]</sup> Ein Hobbyfilmer, der verummte Steinewerfer gefilmt hatte, berichtete, ein Polizeitrupp habe ihn in einem Hauseingang minutenlang verprügelt und mit Stiefeln gegen den Kopf getreten. Im Krankenhaus wurden 21 Wunden am ganzen Körper gezählt, darunter eine

Schädelprellung.<sup>[152]</sup> Eine unbeteiligte Anwohnerin beschrieb, eine Polizeieinheit habe sie zu Boden gestoßen, liegend verprügelt und ihr mehrere Prellungen zugefügt.<sup>[153]</sup> Ein mit dem Vorwurf des Landfriedensbruchs festgenommener städtischer Beamter beschrieb die Zustände in der Gesa: Anwälte seien bis zu 24 Stunden lang nicht zu den Gefangenen gelassen worden. Er habe in 14 Stunden nur auf Nachfrage etwas Nahrung erhalten, ein Ausländer zuvor nicht. Die fensterlosen Zellen hätten keine funktionierende Belüftung und Matratzen gehabt. Stündlich habe man die Insassen geweckt und ihre Namen abgefragt, angeblich wegen Suizidgefahr. Diesen Schlafentzug habe er als Folter erlebt.<sup>[154]</sup> Teilnehmer einer Straßenparty in der Feldstraße berichten, eine BFE-Einheit habe die Party ohne Vorwarnung gestürmt, fünf Gäste zum teil schwer verletzt, die Musikanlage beschlagnahmt und Helfer zunächst gehindert, eine schwer Verletzte wegzutragen.<sup>[155]</sup> Sie schrieben einen offenen Brief an Innensenator Andy Grote.<sup>[156]</sup> Nach weiteren Zeugenberichten traten Polizisten Einzelne von hinten in die Beine, dann auf sie, schubsten sie mit Schwung gegen einen Felsen; schlugen einen mit der Faust ins Gesicht, der Fehlverhalten ansprach; rannten Leute erst um und schlugen dann am Boden Liegende; schlugen ohne Vorwarnung mit voller Wucht; blockierten minutenlang den Abtransport einer schwer verletzten Frau; beschossen feiernde Nachbarsfamilien mit Tränengas; stießen einen Löschhelfer so, dass er sich das Knie brach; brachten einen Betrunkenen zu Fall und traten auf ihn ein; schlugen einen Mann bei einer Ausweiskontrolle wortlos zu Boden; schlugen einen Punk in einer Zuschauermenge.<sup>[157]</sup>

Am 8. Juli durchsuchte eine Hundertschaft das „Internationale Zentrum“ B5 in St. Pauli sowie ohne Durchsuchungsbefehl das angrenzende Kino und eine Privatwohnung. Begründet wurde dies mit Hinweisen des Verfassungsschutzes auf „gefährliche Gegenstände“ und Gefahr im Verzug; gefunden wurde Pyrotechnik. Betroffene beklagten Sachbeschädigungen und Übergriffe.<sup>[158]</sup> Am 9. Juli kontrollierte die Polizei Berlin etwa 300 Buspassagiere auf dem Weg von Hamburg nach Berlin mehrere Stunden lang mit der Begründung, sie kämen als Zeugen der Ausschreitungen in Frage. Mitglieder der Grünen Jugend und Linksjugend Solid bezeugten körperliche Übergriffe und Beleidigungen.<sup>[159]</sup> Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) wollte den Vorwürfen nachgehen.<sup>[160]</sup>

Ab dem Abend des 6. Juli berichteten etliche Journalisten auf Twitter oder in Printmedien, Polizisten hätten sie und/oder Kollegen verbal bedroht, geschlagen, getreten, gezielt mit Pfefferspray oder Wasserwerfern angegriffen, oft trotz vorgezeigter Presseausweise und sichtbarer Kameraausrüstung, auch in ruhigen Situationen fern von Gefahrenzonen. Polizisten sollen Presseausweise mehrfach für wertlos oder ungültig erklärt und ganze Straßenzüge für Berichterstatter ohne ersichtlichen Grund gesperrt haben. Videoaufnahmen dokumentieren solche Angriffe. Davon berichteten unter anderen der freie Fotograf Christian Mang, Götz Rubisch (Radio Corax), WDR 5, Frank Schneider („Bild“-Zeitung), Flo Smith (Independent Television News), eine Autorin des F-Magazins, die taz, *Perspektive online*.<sup>[161]</sup> Hans-Jürgen Burkard (Stern) belegte mit Fotos einen gezielten Wasserwerferangriff auf ihn, der seine Kameraausrüstung zerstörte, und bezeugte einen gezielten Angriff ins Gesicht mit Tränengas.<sup>[162]</sup> Erik Marquardt berichtete, er habe solche Fälle beobachtet und sei selbst trotz vorgezeigter Pressekarte zum Gehen genötigt und getreten worden. Am Folgetag habe ein Polizist ihm seine Kamera zu entreißen versucht.<sup>[147]</sup> Der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall warnte wegen solcher Vorfälle schon am 7. Juli vor Polizeigewalt gegen Journalisten in Hamburg.<sup>[163]</sup> Am 10. Juli forderte er das BKA in einem offenen Brief auf, solche Angriffe, das Ignorieren von Presseausweisen, Beschimpfungen und den Ausschluss von akkreditierten Journalisten baldmöglichst aufzuklären.<sup>[164]</sup>

Seit dem 12. Juli 2017 dokumentieren die von Gipfelgegnern eingerichteten Internetportale *g20-doku.org* und *Police Brutality at G20 summit* Polizeiübergriffe mit Belegen, um zu deren Aufklärung beizutragen.<sup>[165]</sup> Gegen den Einsatzbefehl des Hamburger Einsatzführers Dudde und ohne Rücksprache mit ihm verschossen Polizeieinheiten aus fünf Bundesländern in 67 Fällen Reizgasgeschosse aus Mehrzweckpistolen.<sup>[166]</sup>

## Kritik an der Polizei

Seit dem 7. Juli machte Andreas Blechschmidt, Sprecher der *Roten Flora*, die Polizei für die Eskalation bei der „Welcome-to-Hell“-Demonstration verantwortlich. Die gewaltsame Auflösung habe Duddes Gesamtkonzept entsprochen. Die meisten Autonomen hätten Vermummungen schon abgelegt. Anwälte hätten den Einsatzleiter gewarnt, dass Zwangsmittel eine Massenpanik auslösen könnten. Das habe man mit vollem Risiko von Toten



und Verletzten ignoriert.<sup>[167]</sup> Auch anwesende Journalisten kritisierten die Auflösung der Demonstration als unmotivierte und unverhältnismäßige Gewalt aufgrund der bloßen Annahme, der „schwarze Block“ werde Straftaten begehen. Der Versuch, ihn abzutrennen, habe wissentlich und vorsätzlich Menschenleben gefährdet. Demonstranten seien in einer engen Straßenschlucht zwischen Mauern eingezwängt gewesen und hätten nur über eine hohe Steinbrüstung fliehen können. Wie Fotos zeigten, habe die Polizei sie mit Pfefferspray und CS-Reizgas darüber getrieben. Auch viele Unbeteiligte seien in dieser Paniksituation verletzt worden. Somit trage die Polizei eine Mitschuld an der folgenden Eskalation. Dafür müsse die Polizeiführung Verantwortung übernehmen.<sup>[168]</sup> Dagegen sah die Polizei das Werfen gefährlicher Gegenstände bei ihrem Abtrennungsversuch als Beleg dafür, dass die Demonstration von Anfang an gewalttätig geplant und das Eingreifen berechtigt gewesen sei.<sup>[147]</sup>

Rechtsanwalt Peer Stolle vom Anwaltlichen Notdienst (AND) warf der Polizei vor (8. Juli), sie habe von Beginn an die gewaltsame Zerstreuung der Protestgruppen, nicht die Festnahme von Straftätern angestrebt. Sie habe spontane Demonstrationen und Sitzblockaden ohne Verhandlung sofort gewaltsam aufgelöst und dabei auch Unbeteiligte getroffen. Oft habe sie Personen ohne rechtlich erforderliche Verdachtsmomente nur aufgrund äußerer Merkmale festgenommen. In der Gesa habe man Anwälte mit fadenscheinigen Begründungen teilweise stundenlang nicht zu Festgenommenen gelassen und diese nach Anwaltsgesprächen mehrfach nackt durchsucht.<sup>[169]</sup> Auch die Hamburger Arbeitsgemeinschaft der Strafverteidiger/innen kritisierte die Behinderung von Anwälten in der Gesa.<sup>[170]</sup>

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte die Gipfelproteste mit 43 Beobachtern begleitet und kritisierte am 9. Juli: Die Polizei habe Bürger- und Menschenrechte sowie Gerichtsurteile ignoriert, die Versammlungsfreiheit auch bei friedlichen Demonstrationen stark beschränkt oder mit Gewalt aufgelöst und dabei schwere Verletzungen in Kauf genommen, meist ohne transparente oder verständliche polizeiliche Aufforderungen. Damit habe sie im Interesse des Bundesinnenministers und der Sicherheitsbehörden „den Ausnahmezustand geprobt.“ Die vielen Übergriffe besonders auf Rechtsanwälte, Sanitäter und Journalisten seien erschreckend und hätten außerhalb von Versammlungen „Zerstörungswut freigesetzt“.<sup>[171]</sup>

Protestforscher Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung Berlin) betonte am 9. Juli: Der „Schwarze Block“ bestehe aus vielfältigen, nur teilweise gewaltbereiten Kleingruppen, die je nach Situation für sich entschieden. Dass ein kleiner Teil dabei auf Konfrontation aus sei, sei bekannt. Die Polizei sei nicht für Krawalle verantwortlich, setze aber Rahmenbedingungen. In Hamburg habe sie von Beginn an Protesten keinen Raum gegeben, Übernachtungscamps verboten und eine Verbotszone eingerichtet. Dann habe sie eine genehmigte Demonstration angehalten und trotz laufender Einigung und weitgehender Abnahme von Vermummungen zerschlagen. Sie habe eine Menschenmenge ohne Fluchtweg in die Zange genommen, wahllos auf Demonstrierende und Unbeteiligte eingeschlagen und mit Wasserwerfern auf einem Dach stehende Personen gespritzt. Das alles habe Gruppen, die sie als Gegner sehen und Widerstand zeigen wollten, „angespitzt“. Die Hamburger Linie, „draufzuhauen“, sei 2017 bis zum Einmarsch von Bewaffneten in einen Straßenzug gesteigert worden: „Wir können von Glück sagen, dass es keinen Toten gab.“ Dudde verfolge diese Strategie seit Jahren; dass Grote und Scholz ihn als Einsatzleiter einsetzten, sei „Eskalation mit Ansage“ gewesen. Dagegen habe ein deeskalierendes Konzept wie beim G8-Gipfel 2007, das Demonstrationen Raum gibt und kleinere Verstöße ignoriert, Ausschreitungen relativ gering gehalten, obwohl der Schwarze Block damals weit größer gewesen sei. Auch in der autonomen Szene würden die Ausschreitungen kritisiert, etwa Angriffe auf Journalisten, Feuer in einem Wohngebiet und anderes. Ermutigend sei, „dass sich viele Menschen auch in einer angespannten Situation das Demonstrieren nicht verbieten lassen.“ Dies gehe jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung fast unter.<sup>[172]</sup>

Heribert Prantl (SZ-Chefredaktion) hatte am 2. Juli gegen Camp-Verbote betont, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sei ein Grundrecht, kein Gnadenrecht.<sup>[173]</sup> Am 10. Juli kritisierte er Polizeiübergriffe auf Journalisten und Akkreditierungsentzug als intolerable Angriffe auf die Pressefreiheit. Diese sei gerade in Konfliktlagen zu bewahren, um diese neutral zu beobachten. Innere Sicherheit sei kein „Supergrundrecht“, dem sich alle übrigen Grundrechte unterordnen müssten. Polizei und BKA hätten nicht die Rolle des Zensors, der

einzelne Journalisten ausschließen könne. Diese seien keine Störer, sondern Mitwirkende. Sicherheitsbedenken habe man vorgeschoben, da Strafregister von Reportern schon vor Vergabe der Akkreditierung überprüft würden.<sup>[174]</sup>

Kriminologe Joachim Kersten kritisierte, die Hamburger Polizei habe jeweils die falsche Strategie angewandt: keine Toleranz gegen Vermummung am 6. Juli, Abwarten bei Ausschreitungen am 7. Juli. Damit habe sie ihrem und Hamburgs Ruf geschadet. Dass Teile des schwarzen Blocks gewaltbereit seien und sich ungeordnet aufstellten, habe man längst gewusst. Anderen Polizeiführern sei dennoch Deeskalation gelungen. Wechselseitige Feindbilder und fehlende Kommunikation zwischen Autonomen und Polizei seien entscheidend. Die Polizei habe das Ziel positiver Bilder vom Gipfel verfehlt und deshalb wie die Gewalttäter viel Sympathie verloren. Wahrscheinlich habe sie Staatsgäste und Bürger nicht gleichzeitig schützen können.<sup>[175]</sup>

Dagegen wies Bürgermeister Scholz ab 9. Juli „jede Kritik“ an Polizeieinsätzen und Polizeiführung „entschieden zurück“: „Die haben alles richtig gemacht und einen heldenhaften Einsatz zu Stande gebracht.“<sup>[176]</sup> „Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.“ „Polizeigewalt“ sei ein „politischer Kampfbegriff“, der die ganze Polizei diskreditiere. Gewalt und Zerstörung seien von den Vermummten ausgegangen.<sup>[157]</sup> Demonstrationsbeobachter Jan van Aken nannte das Bestreiten von Polizeigewalt „eine glatte Lüge“. Damit habe Scholz dem Sonderausschuss nahegelegt: „Findet bloß nichts raus!“ Schon am 4. Juli am Neuen Pferdemarkt habe die Polizei völlig unnötig friedlich tanzende Menschen mit Wasserwerfern abgeräumt. Die „Welcome to Hell“-Demonstration sei ebenfalls unnötig gewaltsam aufgelöst, die bereits Fliehenden seien brutal geknüppelt worden. Am 7. Juli morgens beim Michel habe die Polizei 60 eingekesselte Personen mit Pfefferspray besprüht. Nachmittags an den Landungsbrücken habe ein Polizist unbeteiligte, mit erhobenen Händen dastehende Beobachter gezielt mit seinem Schild gerammt. Er selbst sei am 8. Juli nach einer erfolgreichen Deeskalation vom Wasserstrahl getroffen worden. Die Eskalationsstrategie der Polizeiführung habe einige Polizisten zu Gewaltübergriffen ermutigt. Nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss könne diese objektiv aufklären, Akten einsehen und Leute vorladen.<sup>[177]</sup>

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und AND zogen am 14. Juli eine kritische Bilanz: Die Polizei habe in der Gesa „systematisch die Rechte von in Gewahrsam Genommenen und Rechtsanwältinnen verletzt“. Ersteren sei eine unverzügliche, angemessene medizinische Behandlung verwehrt, über Stunden Nahrung verweigert, Vorführung vor dem Haftrichter bis zu 40 Stunden verzögert worden. In einer Nacht hätten Polizeibeamte jeden Kontakt der Anwältinnen zu Mandanten vereitelt, Anwältinnen „blockiert, beschimpft und physisch attackiert“. Mandanten seien vor und nach dem Anwaltsgespräch vollständig entkleidet durchsucht und so einer erniedrigenden Schikane unterzogen worden. Das bedeute zugleich einen diffamierenden Generalverdacht gegen alle Anwältinnen. So seien „rechtsstaatliche Prinzipien über vier Tage willkürlich außer Kraft gesetzt“ worden. Der RAV forderte eine „umfassende Untersuchung“, „Konsequenzen bei Polizei, Justiz und politisch Verantwortlichen“, und kündigte Rechtsschritte an.<sup>[178]</sup> In einer Presseerklärung vom selben Tag kritisierte der RAV:

- ein weitreichendes Demonstrationsverbot im Stadtgebiet,
- Verhinderung von Übernachtungscamps gegen Gerichtsentscheidungen,
- unverhältnismäßig gewaltsame Auflösung der Demonstration „Welcome to Hell“,
- viele rechtswidrige Übergriffe auf Protestierende,
- Behinderungen der Anwältinnen in- und außerhalb der Gesa inklusive körperlicher Angriffe und dem Generalverdacht gegen sie, Straftaten zu fördern,
- erhebliche Behinderung von Journalisten, Angriffe auf sie und Akkreditierungsentzug ohne transparente Begründung,
- starke Schikanen bei An- und Abreise von Demonstranten,
- unhaltbare, nicht korrigierte Sachverhaltsschilderungen und Gefahrenprognosen.

Die politisch Verantwortlichen hätten diese Rechtsbrüche reflexartig bedingungslos verteidigt und sogar glorifiziert. „Das nun faktisch bestehende Verbot, Kritik an der Polizei zu üben, die als Exekutivinstanz das Gewaltmonopol ausübt, setzt auch einen zentralen Grundsatz des Rechtsstaats außer Kraft: Wer besondere

Befugnisse zum Gewalteinsatz hat, muss durch die Gesellschaft und die anderen Gewalten permanent und intensiv kontrolliert sein. Alles andere ist der Weg in den Obrigkeitsstaat.“<sup>[179]</sup>

Scholz hatte oft bestritten, dass beim Gipfel die Sicherheit der Staatsgäste Vorrang vor der der Bürger gehabt habe. Er will Duddes Rahmenbefehl nicht gekannt haben. Strafverteidiger Gerhard Strate hielt das für unglaublich oder fahrlässig. Der Vorrang für den Schutz der Staatsgäste sei ein klarer Verfassungsbruch. Er verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2005, wonach „der Einzelne verlangen kann, in der Gemeinschaft als gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert anerkannt zu werden“. Weil Hamburg diesen Schutz nicht garantieren konnte, hätte der Gipfel dort nicht stattfinden dürfen. Die Politiker seien „sehenden Auges ins Unglück geschlittert“. Dass die Innenbehörde die Demonstration „Welcome to Hell“ ohne Hinweis auf das Vermummungsverbot genehmigte, die Polizei aber sofort gegen die vorhersehbaren Vermummungen einschritt, werfe Fragen auf: „War das eine einsatztaktische Finesse? Wollte die Polizeiführung den Konflikt provozieren?“ Nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss könne Planung, genauen Verlauf der Einsätze und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen aufklären.<sup>[180]</sup>

Polizeiprofessor Rafael Behr erklärte, Polizeiübergriffe bei G20 seien erwiesen, aber eher aus situationsbedingter Überlastung erfolgt. Individuelle Schuld eines Beamten sei in Deutschland kaum zu ermitteln. Die komplexe sozialpsychologische Gruppendynamik, die Gewalt begünstige, werde juristisch außer Acht gelassen. Heroisierung der Polizisten erschwere die notwendige Aufarbeitung. Bei bloß interner Prüfung sei das Ergebnis vorhersehbar: „Wir haben fast alles richtiggemacht, mit dieser Militanz war einfach nicht zu rechnen. Die Verantwortung liegt bei den Chaoten.“ Die jahrelange Hamburger Einsatzstrategie, keine Vermummung zu dulden, sei trotz Gerichtsverfahren nie geändert worden und auch wegen des politischen Rückhalts dafür gegen Kritik fast immun.<sup>[181]</sup>

Der als Konfliktmanager eingesetzte Kriminalbeamte Oliver von Dobrowolski führte fehlende Deeskalation und zu hartes Vorgehen gegen Gipfelprotest auf Vorgaben der Polizeiführung zurück. Schon die Campverbote hätten die Stimmung zur Konfrontation gelenkt und immer mehr auch neutrale Personen gegen die Polizei aufgebracht, die dann „Ganz Hamburg hasst die Polizei“ mitgerufen hätten. Sie habe Vertrauen verspielt und Leute auch durch zu langes Abwarten im Schanzenviertel verstört, wo es andere Zugänge gegeben hätte. Fehler seien auch durch Übermüdung vieler Polizisten passiert. Schon die Entscheidung für Hamburg habe Grundrechte verletzt. Duddes Ablösung sei zu erwägen. Das Leugnen von Polizeigewalt sei realitätsfern und sonst nur aus Diktaturen bekannt. Dass in Deutschland keine unabhängige Instanz polizeiliches Fehlverhalten untersuche, sei ein Problem. Nur ein ergebnisoffener Umgang mit dem Großeinsatz könne eventuell wieder Vertrauen aufbauen.<sup>[182]</sup>

Medienberichte stellten in Frage, dass ein bewaffneter Hinterhalt die Polizei im Schanzenviertel am 7./8. Juli zum Abwarten gezwungen hatte. Die Einsatzleiter legten im Innenausschuss am 19. Juli trotz Beweissicherung keine Belege für Molotowcocktails, Gehwegplatten und Zwillen vor, mit denen gewaltbereite Täter die Polizei von mehreren Hausdächern aus angegriffen oder dies geplant haben sollten. Wärmebilder eines Hubschraubers waren erst nach Beginn der SEK-Räumung entstanden; der darauf zu sehende entzündete Gegenstand kann auch ein Böller gewesen sein. Auf andere Dächer waren laut Augenzeugen nur Schaulustige gestiegen.<sup>[136][183]</sup> Auch auf dem Baugerüst des Hauses Schulterblatt 1 standen laut Zeugen nur Zuschauer, die nichts hinunterwarfen.<sup>[184]</sup> Einsatzleiter Michael Zorn behauptete dagegen, SEK-Beamte seien vom Baugerüst aus mit Eisenstangen, Steinen und Holzpaletten beworfen worden. Ein nach Beginn der Räumung entstandenes Video zeigte nur einen Wurf vom Dach eines Hauses, vor dem keine Polizei stand. Beobachter fragen etwa, warum die Polizei nicht durch offene Nebenstraßen in das Schulterblatt vorgerückt war, das SEK erst nach stundenlanger Beobachtung der Szene angefordert hatte, dieses erst lange danach eintraf, nur einige Dächer kontrolliert hatte und die Bundespolizei trotz angeblicher Lebensgefahr dabei mit vorgerückt war.<sup>[185]</sup>

Dagegen forderte Ernst Walter, stellvertretender Vorsitzender der DPolG, wegen der Krawalle Gummigeschosse für die Polizei.<sup>[186]</sup> Dies lehnen die meisten deutschen Experten wegen der Tötungskapazität solcher Mittel bisher ab.<sup>[187]</sup> Die Polizei hatte schon mittags am 7. Juli getweetet, in der Holstenstraße seien Molotowcocktails auf Polizisten geworfen worden. Das ließ sich nicht belegen. Viele Medien hatten die Meldung ungeprüft übernommen und daraus das prägende Bild eines bewaffneten Kampfes gegen die Polizei

gefolgert. Der unter anderem auch in der Polizeiforschung tätige Sozial- und Kulturwissenschaftler Peter Ullrich kritisierte, die Polizei sei nicht für Konfliktbeschreibungen zuständig, in denen sie Partei sei, und dürfe keine Stimmungsmache betreiben. Gabriele Heinecke (AND) warf der Polizei absichtliche Manipulation mit Fake News vor.<sup>[188]</sup>

## Ermittlungen

Nach Polizeiangaben wurden vom 22. Juni bis zum 9. Juli 2017 345 Straftaten angezeigt, 186 Personen festgenommen, 225 weitere in Personengewahrsam genommen und 51 Haftbefehle erlassen.<sup>[139]</sup> Bis zum 11. Juli ließ die Polizei alle 13 beim Gebäude Schulerblatt 1 festgenommenen Personen wieder frei, da ihnen keine Beteiligung an Gewalttaten nachzuweisen war.<sup>[189]</sup> Bis 26. Juli saßen noch 35 Festgenommene in Haft, darunter 13 Deutsche, sechs Italiener, drei Franzosen, je einer aus acht weiteren europäischen Staaten. 17 davon wurde zunächst Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen, bei der ersten Haftprüfung wurde der Vorwurf auf einen tätlichen Angriff erweitert. Dazu zählt seit 1. Juli 2017 auch das bloße Anstoßen oder Schubsen eines Polizisten, der dabei unverletzt blieb. Dies wird mit mindestens drei Monaten Haft, bei der Tat aus einer Gruppe heraus mit mindestens sechs Monaten Haft bestraft. Weitere Tatvorwürfe sind schwerer Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung, Verstöße gegen das Vermummungsverbot, Sachbeschädigung, Einbruchdiebstahl, einmal Eingriff in den Luftverkehr. Nach Angaben einer Rechtsanwältin wird einigen Teilnahme an Ausschreitungen vorgeworfen, die bei ihrer Festnahme noch gar nicht stattgefunden hatten. 152 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten beim Gipfel laufen, davon 51 gegen unbekannt.<sup>[190]</sup> Nur zwei oder drei der Inhaftierten gehören zur autonomen Szene.<sup>[191]</sup>

Die Polizei Hamburg richtete eine Sonderkommission und ein Hinweisportal zum Hochladen digitaler Fotos und Videos ein. Bis 11. Juli gingen dort über 1000 Dateien ein. Rund 140 Staatsanwälte entschieden in Sonderschichten über Haftbefehle, um die Verfahren zu beschleunigen. Bundesjustizminister Heiko Maas bat EU-Kollegen um Fahndungshilfe. Laut Kriminologen werden so jedoch eher ungetarnte Mitläufer als organisierte, ideologisch überzeugte Gewalttäter entdeckt. Verstöße gegen das Vermummungsverbot würden meist nicht geahndet. Autonome Zentren seien eher selten an Gewalt beteiligt. Forderungen, sie zu schließen, seien Symbolpolitik und könnten den Konflikt eskalieren.<sup>[192]</sup>

Die Bildzeitung zeigte unter dem Titel „Gesucht! Wer kennt diese G20 Verbrecher?“ Fotografien von 18 Personen, nannte sie „Schwerkriminelle“ und schrieb ihnen Straftaten zu, die andere begangen hatten. Der Aufruf war laut Medienexperten ethisch fragwürdig und rechtswidrig, da nur die Polizei zu Fahndungen aufrufen darf. Diese erklärte, sie arbeite nicht mit „Bild“ zusammen und habe keine Fahndungsaufrufe gegen G20-Beteiligte erlassen. Zuvor hatte sie vor einer „Online-Hetzjagd“ gegen einen Unschuldigen gewarnt, die eine Falschmeldung der Bildzeitung ausgelöst hatte. Die Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP) dagegen teilte den „Bild“-Aufruf auf ihrer Facebookseite. Der Deutsche Presserat prüft, ob der Aufruf Persönlichkeitsschutz und Unschuldsvermutung verletze.<sup>[193]</sup> Die DPolG Königsbrunn veröffentlichte auf Facebook zunächst das unverpixelte Foto eines Demonstranten mit dem Text „W A N T E D : Das ist der 'Demonstrant', welcher mit einem Böller unserem Kollegen das Augeblicht nahm!“ (Rechtschreibfehler im Original). Erst nachdem die Hamburger Polizei mehrmals klargestellt hatte, dass kein Polizist durch Böller erblindet war und das Foto keinen Tatverdächtigen zeigte, löschte die DPolG ihren Aufruf. Dieser war inzwischen jedoch weit im Netz verbreitet.<sup>[194]</sup>

Bis zum 4. August 2017 sank die Zahl der Haftbefehle von 51 auf 33. Dem Deutschen, der einen Hubschrauberpiloten mit einem Laserpointer zu blenden versucht hatte, wurde nicht mehr versuchter Mord, nur noch „schwerer Eingriff in den Luftverkehr“ vorgeworfen. Einem 18-Jährigen konnte das Oberlandesgericht Hamburg (OLG) bis dahin keine „eigenhändigen Gewalthandlungen [...] zuordnen“, warf ihm aber vor, er habe „die bürgerkriegsähnlichen Zustände mitverursacht“, die sich nach seiner Festnahme aus seiner Gruppe heraus entwickelt hätten. Als Indizien für seine Szenezugehörigkeit nannte das OLG eine schwarze Jacke, einen schwarz-weißen Schal, dunkle Turnschuhe und einen Solidaritätsaufruf der Internetplattform Indymedia. Die Anwältin Gabriele Heinecke sah darin politisch, nicht rechtsstaatlich motivierte Urteile und legte Verfassungsbeschwerde ein.<sup>[195]</sup> Bis dahin wurden laut Presseberichten keine Tatverdächtigen gefasst, die parkende Autos angezündet und Schaufenster von Gebäuden eingeworfen haben sollen. Gegen 59 von 73 am

Morgen des 7. Juli festgenommene Demonstranten leitete die Polizei Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs ein. Der Einsatzführer gab an, man habe seine Einheit „massiv und gezielt mit Flaschen, Böllern und Bengalos beworfen“. Steine hätten Beamte und Fahrzeuge getroffen. Diesen „gefährlichen Angriff“ habe man abwehren müssen. Ein Polizeivideo des Vorfalls zeigte jedoch laut LKA-Analyse weit weniger Gewalt. Trotzdem stellte Bundespolizei-Inspektionsleiter Norman Großmann im Innenausschuss des Senats „sofortigen massiven Bewurf“ als Tatsache dar. Medienvertreter fanden auf dem Video vor dem Einsatzbefehl nur drei Bengalowürfe und maximal zwei Steinwürfe, die niemand trafen, sowie Steine auf der Straße nach dem Vorrücken der Polizei.<sup>[196]</sup>

Auch für Rafael Behr und den Rechtswissenschaftler Ulrich Karpen belegt das Polizeivideo keine der behaupteten „schwersten Ausschreitungen“ und „bürgerkriegsähnlichen Zustände“. Dennoch warf die Staatsanwaltschaft den Beschuldigten vor, sie hätten solche Zustände „mit verursacht“; „fundamentale Garantien der deutschen Rechtsordnung“ wie die „Menschenwürde“ seien für sie bedeutungslos. Das Oberlandesgericht Hamburg (OLG) begründete den Haftbeschluss für den 18-jährigen Italiener Fabio V. ohne dessen Anhörung, ohne mündliche Verhandlung, psychologisches Gutachten und Prüfung des Polizeivideos mit angeblichen „erheblichen Anlage- oder Erziehungsmängeln“, „schädlichen Neigungen“ und der zu erwartenden „empfindlichen Freiheitsstrafe“. Karpen und der ehemalige Bundesrichter Thomas Fischer halten diesen Beschluss für rechtsfehlerhaft, weil Haftrichter die Persönlichkeit eines Beschuldigten nicht nur aus seiner Akte summarisch bewerten und keine Strafzumessung vorwegnehmen dürften. Die Verteidigerin von Fabio V. legte Verfassungsbeschwerde ein. Das Vorgehen des OLG wird als Versuch kritisiert, die 59 Beschuldigten stellvertretend für tatsächliche, nicht gefasste G-20-Gewalttäter hart zu bestrafen, wie es Bürgermeister Scholz gefordert hatte.<sup>[197]</sup>

Die Polizei setzte während der Proteste mindestens einen IMSI-Catcher zum Orten und Abhören von Mobiltelefonen ein; einen weiteren sahen Demonstranten am 9. Juli bei der Gesa in Harburg.<sup>[198]</sup> Die Bundesregierung hatte eine flächendeckende Überwachung vor dem Gipfel ausgeschlossen. Aktivisten entdeckten jedoch den Einsatz von IMSI-Catchern bei der „Welcome To Hell“-Demonstration. Die Linksfraktion kritisierte in einer Bürgerschaftsanfrage die Maßnahme, da diese auch viele Unbeteiligte erfasst, ohne dass die Betroffenen davon und von den Verdachtsgründen erfahren. Detailangaben dazu lehnte der Senat ab, weil diese die Möglichkeiten der Informationsgewinnung wesentlich schwächen würden.<sup>[199]</sup> Er räumte 38 Anträge zur Erhebung von Funkzellenabfragen und 37 Ortungen mit „stillen SMS“ durch den Hamburger Verfassungsschutz ein.<sup>[200]</sup> Mehrere Demonstranten forderte die Polizei auf ihre Mobiltelefone zu entsperren und überprüfte die Geräte, um deren eindeutige Seriennummer zu erfassen.<sup>[201]</sup> Während der Abschlussdemonstration am 8. Juli verlangten Polizeibeamte von mehreren Hamburger Hotels ohne die erforderliche rechtliche Begründung die Herausgabe von Personaldaten aller italienischen Gäste.<sup>[202]</sup>

Bis zum 16. August 2017 leitete das Hamburger Dezernat für Interne Ermittlungen (D.I.E.) 60 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten ein, meist wegen mutmaßlicher Körperverletzung im Amt, darunter achtmal wegen des Einsatzes von Reizgas.<sup>[166]</sup> In weiteren Fällen geht es um unverhältnismäßige Gewaltanwendung, Bedrohung, Nötigung, sexuelle Belästigung, Beleidigung und Verletzung des Dienstgeheimnisses. Als mögliche Beweismittel werden polizeieigene Video- und Funk-Aufzeichnungen, private Internetvideos und Hinweise aus der Bevölkerung ausgewertet. Betroffene meldeten sich kaum; 60 Prozent der Anzeigen stammten von Beobachtern, in 40 Prozent der angezeigten Fälle waren die Opfer unbekannt.<sup>[203]</sup> Beamte nahmen meist detailliert zu Vorwürfen Stellung. Wegen Videomaterial prüft das D.I.E. weitere 75 Verdachtsfälle und geht auch einer Strafanzeige gegen die Einsatzleitung um Dudde nach.<sup>[204]</sup> Die Sonderkommission „Schwarzer Block“, in der 170 Beamte das verfügbare Videomaterial auswerten, soll Aufnahmen von Fehlverhalten und möglichen Straftaten von Polizisten an die D.I.E. weitermelden; diese hat jedoch keinen eigenen Vertreter in der Kommission.<sup>[149]</sup> Ein G20-Gegner klagt beim Verwaltungsgericht Hamburg gegen seine Ingewahrsamnahme in der Gesa, ein weiterer gegen ein während des Gipfels erlassenes Aufenthaltsverbot.<sup>[205]</sup> Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken in Nordrhein-Westfalen zeigte die Hamburger Polizei an, weil sie Jugendliche, teils Minderjährige, eines von ihnen organisierten Reisebusses auf der Anfahrt zu G20 stundenlang ohne Erklärung in der Gesa festgehalten, einige von ihnen zum Entkleiden genötigt, nackt abgetastet und ihre Kontaktaufnahme mit Anwälten verhindert hatte. Die Anzeige wurde auch



nach einer Entschuldigung von Innensenator Andy Grote aufrecht erhalten.<sup>[206]</sup> Auch Polizeipräsident Meyer entschuldigte sich und erklärte den Vorfall mit einem Lesefehler des Kfz-Kennzeichens. Senatsabgeordnete forderten Aufklärung. Die D.I.E. leitete Ermittlungen ein.<sup>[207]</sup>

## **Verletzte**

Einsatzleiter Dudde nannte zunächst 476 beim G20-Gipfel verletzte Beamte und viele Schwerverletzte. Laut dem Innenministerium Bayerns wurden diese 476 vom 22. Juni bis 10. Juli 2017 verletzt gemeldet, 231 davon vom 6. bis 9. Juli. 455 Beamte waren nach Presseberichten am Folgetag, 21 nach mehreren Tagen wieder einsetzbar. Zwei Beamte galten als schwer verletzt. Als Verletzung zählten auch hitzebedingte Dehydration, Kreislaufprobleme und weitere, auch nachträgliche Krankmeldungen.<sup>[208]</sup> Rafael Behr kritisierte, dass die Polizei gesundheitlich bedingte Dienstausfälle mit gewaltbedingten Verletzungen gleichstelle und mit möglichst hohen Verletztenzahlen Politik mache.<sup>[209]</sup> Am 19. Juli erklärte Dudde, 592 Polizisten seien beim G20-Einsatz durch Fremdeinwirkung vorsätzlich verletzt worden.<sup>[139]</sup> Der Hamburger Senat gab auf Nachfrage am 26. Juli jedoch an, 400 Beamte seien zwischen 7. und 9. Juli verletzt worden, davon 182 durch Reizgas. Viele hätten sich schon vorher verletzt oder krank gemeldet.<sup>[210]</sup>

Das Innenministerium Hessen gab an, bei einer Räumung im Schanzenviertel hätten G20-Gegner 130 hessische Polizisten mit Pfefferspray angegriffen und verletzt. Demonstrationsbeobachter bezweifelten, dass ein solcher breiter Angriff bei einer Räumung möglich gewesen wäre, und führten Atemwegsreizungen von Polizisten auf deren eigenes eingesetztes Reizgas (friendly fire) zurück.<sup>[211]</sup> Rafael Behr zufolge hatten Autonome Reizgasgeschosse der Polizei höchstwahrscheinlich wieder zurückgeworfen.<sup>[147]</sup>

Zur Gesamtzahl der verletzten Demonstranten machen Polizei und Feuerwehr Hamburg keine Angaben. Nach Angaben aus Hamburger Krankenhäusern wurden dort in den Gipfeltagen 189 Patienten mit „demonstrationstypischen Verletzungen“ (Knochenbrüchen an Armen und Rippen, Kopfplatzwunden, Schnittwunden, Prellungen) behandelt, rund 90 Prozent davon ambulant. Hinzu kommen Fälle, die von selbstorganisierten Demonstrationssanitätern und in Krankenhäusern außerhalb Hamburgs behandelt wurden.<sup>[147]</sup>

## **Kosten**

Laut Presseberichten vor dem Gipfel soll dieser Bund und Länder zusammen mindestens 130 Millionen Euro kosten, ein Großteil davon für Sicherheitsmaßnahmen. Allein für die Organisationen des Bundes wurden etwa 32 Millionen Euro Kosten veranschlagt. Mit weiteren 50 Millionen Euro bezuschusst der Bund die Ausgaben der Stadt Hamburg für den G20-Gipfel und den OSZE-Gipfel vom Dezember 2016. Allgemein wird mit höheren Gesamtkosten für das G20-Treffen gerechnet. Bereits der kleinere G7-Gipfel auf Schloss Elmau 2015 hatte den Staat etwa 113 Millionen Euro gekostet.<sup>[212]</sup> Bau, Ausstattung und Betrieb der Gesa und der Amtsgerichtsaußenstelle kosteten laut Senat rund 6,2 Millionen Euro.<sup>[213]</sup>

Am 18. Juli schätzte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bei Ausschreitungen verursachte Schäden an privaten Pkws, Häusern und Gewerbebetrieben auf bis zu zwölf Millionen Euro. Hinzu kommen bislang unbezifferte Schäden an Straßen, städtischen Gebäuden, Bahnanlagen und Polizeifahrzeugen.<sup>[214]</sup> Merkel und Scholz sicherten finanzielle Entschädigungen zu. Ein Härtefallfonds solle mit bis zu 40 Millionen Euro für Sachschäden aufkommen, „für die kein Versicherungsschutz besteht“.<sup>[215]</sup> Bund und Stadt einigten sich, je die Hälfte der entstehenden Kosten zu übernehmen.<sup>[216]</sup>

## **Politische Forderungen**

Infolge der Ausschreitungen wurden bundesweit politische Konsequenzen diskutiert. Politologe Frank Decker erwartete, das Thema „innere Sicherheit“ werde den Bundestagswahlkampf 2017 mit bestimmen, aber weder CDU/CSU noch SPD große Vorteile bringen, da Merkel und Scholz den Gipfelort gemeinsam beschlossen hatten. Dass die SPD-Führung sich gegen künftige G20-Treffen in Großstädten aussprach, wirke als

Distanzierung von Scholz. Um sich nicht „Blindheit auf dem linken Auge“ nachsagen zu lassen, werde die SPD höhere Staatsausgaben für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden fordern. Auch die AfD werde von diesem Thema profitieren.<sup>[217]</sup>

Regierungsvertreter verurteilten die Ausschreitungen, etwa als „entfesselte Gewalt und ungehemmte Brutalität“ (Merkel),<sup>[218]</sup> oder als „Gewalt an sich“ ohne politische Motive (Sigmar Gabriel).<sup>[219]</sup> Bundesinnenminister de Maizière forderte, „Krawallmacher“ dürften die Demonstrationen gar nicht erst erreichen, müssten sich wie Hooligans in bestimmten Fristen bei der Polizei melden oder notfalls Fußfesseln erhalten. Rechtswidrig besetzte Häuser sollten sofort geräumt werden.<sup>[220]</sup> Dem widersprach Bundesjustizminister Maas: Verbindungen zu Gewalttätern und Straftaten müssten immer erst konkret nachgewiesen werden. Lokale Behörden, die linksalternative Zentren genauer kennen, müssten selbst über deren Duldung oder Schließung entscheiden. Maas plädierte für eine europaweite Extremistendatei und Datenaustausch in der EU, auch über nicht verurteilte „brutale Krawalltouristen“, um diese kooperativ von Demonstrationen fernzuhalten.<sup>[221]</sup>

Der Landtagsabgeordnete Andreas Bialas (SPD) forderte ein lebenslanges Demonstrationsverbot (also Entzug eines Grundrechts) für Personen, die Polizisten angegriffen hätten. Das stieß auch in seiner Partei auf Kritik.<sup>[222]</sup> Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte, das Vermummungsverbot zu lockern und Vermummung bei Versammlung zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen, um „Spielraum für Deeskalation“ zu schaffen.<sup>[223]</sup>

CDU und FDP in der Hamburger Bürgerschaft forderten Scholz zum Rücktritt auf, weil er die Lage falsch eingeschätzt und sein Versprechen eines reibungslosen Gipfels nicht eingehalten habe. Scholz lehnte den Rücktritt ab und wurde darin von Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU),<sup>[224]</sup> einige Tage später auch von Merkel unterstützt.<sup>[225]</sup> Am 12. Juli 2017 setzte die Hamburger Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Sonderausschuss zur Untersuchung der Ereignisse ein, lehnte einen parlamentarischen Untersuchungsschuss aber ab.<sup>[226]</sup>

Einige Bundes- und Landespolitiker der CSU, CDU und FDP verlangten vom Hamburger Senat, die *Rote Flora* zu schließen. Sie sei „linke Propaganda-Höhle“, „Biotop und Keimzelle“ des Linksextremismus und „logistische Drehscheibe“ für Gewalttaten beim Gipfel gewesen. Hamburgs Regierungskoalition will dies im Sonderausschuss klären lassen.<sup>[227]</sup> Hamburgs SPD rückte von ihrer bisherigen Duldungslinie ab und beschloss im Anschluss an die CDU einen Aktionsplan, der von den Flora-Vertretern eine verbindliche Absage an jede Gewalt fordert und andernfalls die polizeiliche Räumung des Gebäudes ankündigt, um es danach in ein unpolitisches Kulturzentrum umzuwandeln.<sup>[228]</sup>

## Debatte unter Gipfelgegnern

Am 8. Juli distanzierte sich Andreas Blechschmidt von Gewalttaten im Schanzenviertel: Diese „an sich selbst berauschte“ Form der Militanz sei „politisch und inhaltlich falsch“. Bewusste Regelübertretung als Teil autonomer Politik kenne „rote Linien“, die hier überschritten worden seien. Flora-Anwalt Andreas Beuth erklärte zunächst, er habe „Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel“. „Warum nicht in Pöseldorf oder Blankenese?“ Nico Berg („Block G20“) erklärte, „es war nicht Teil unserer Aktion“.<sup>[229]</sup> Zwei Tage später nahm Beuth seine Aussage zurück: Er lehne Plünderungen und Brandstiftung in ganz Hamburg strikt ab, habe nicht dazu aufgerufen und nur sein Unverständnis für die Motive der Täter ausgedrückt. Er wisse nicht, ob sie zur autonomen Szene gehörten. Ohne die polizeiliche Auflösung der Demonstration vom 6. Juli wäre weit weniger Gewalt entstanden.<sup>[230]</sup>

In einem offenen Brief (12. Juli) machten Ladenbesitzer aus dem Schanzenviertel eher „erlebnishungrige Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk“ für Ausschreitungen verantwortlich. Vermummte, Leute aus der *Roten Flora* und Anwohner seien dagegen oft eingeschritten. Flaschenwürfe von Baugerüsten als lebensgefährlichen Hinterhalt zu deuten sei nicht nachvollziehbar. „Wir hatten als Anwohner mehr Angst vor den mit Maschinengewehren auf unsere Nachbarn zielenden bewaffneten Spezialeinheiten als vor den alkoholisierten Halbstarken, die sich hier ausgetobt haben.“<sup>[231]</sup> Anwohner erklärten, die Polizei „hätte alles früh und mit wenig Aufwand beenden können“ und sei entweder „schlecht vorbereitet und überfordert“



gewesen oder habe „das Chaos billigend in Kauf genommen.“<sup>[232]</sup> Die italienische Politikerin Haidi Giuliani, Mutter des beim G8-Gipfel in Genua 2001 erschossenen Demonstranten Carlo Giuliani, kritisierte die Ausschreitungen, zeigte aber auch Verständnis für die Wut junger Leute: „Weil sie, anders als wir, nicht mehr das bekommen, was ihnen zusteht: Bildung, Glück, Zukunft, eine Perspektive – nichts von alledem.“<sup>[233]</sup>

Auf Einladung der *Roten Flora* diskutierten am 20. Juli im Millerntorballsaal 800 bis 1000 Bewohner betroffener Hamburger Stadtteile über die Ereignisse. Blechschmidt verurteilte erneut Gewalttaten im Schanzenviertel. Die Flora habe Proteste nicht zentral organisiert, nur als Informationsstelle und Sanitätsstation gedient, Militante nicht eingeladen und den Gipfel nicht nach Hamburg geholt. Anwohner betonten, sie hätten G20 in Hamburg immer abgelehnt. Die Polizei habe zur Eskalation beigetragen. Es werde nur noch über die Randalenächte gesprochen, nicht über viele gewaltfreie Protestaktionen. Die Versammlung wollte sich für den Erhalt der Flora und anderer linker Zentren einsetzen.<sup>[234]</sup> Auch das *Clubkombinat Hamburg e.V.* solidarisierte sich mit der *Roten Flora*: Mit der Schließungsdebatte versuche die Politik, vom eigenen Versagen und der inhaltlichen Kritik am G20-Gipfel abzulenken, in Hamburgs Kulturpolitik massiv einzugreifen und linke Zentren zu kriminalisieren.<sup>[235]</sup>

Emily Laquer, Sprecherin der IL, betonte Protesterfolge: Schlafcamps seien durchgesetzt, Protokollstrecken blockiert, die Verbotszone nicht anerkannt, die größte Demonstration in Hamburg seit den 1980er Jahren organisiert, so Ohnmacht gegenüber der Polizei massenhaft aufgebrochen und ein Ausnahmezustand delegitimiert worden. Gegen Hamburger Bürger gerichtete Aktionen habe die IL immer abgelehnt und nur zu Sitzblockaden und zur friedlichen Abschlussdemonstration aufgerufen. Anwohner zu bedrohen und Autos anzuzünden sei oft unorganisierter Ausdruck von Wut über die tagelang erlebten Polizeischikanen gewesen. Mit Forderungen, sich zu distanzieren und Staatstreue zu schwören, versuchten führende Politiker vom eigenen Versagen abzulenken. Die Medien konzentrierten sich grob unverhältnismäßig auf brennende Pkws, nicht auf Themen des Protests wie 5000 Mittelmeertote jährlich, Klimaflüchtlinge oder Abschiebungen nach Afghanistan. Zu Widerstand dagegen gebe es keine Alternative.<sup>[236]</sup>

In der Zeitschrift konkret debattierten verschiedene Autoren über die Gipfelproteste. Erfolgsmeldungen von Organisatoren (IL, „Ums Ganze“) seien unrealistisch. Der Gipfel sei kaum gestört worden. An die Stelle wirksamen Widerstands seien ein „Militanzkult“ und Randalbilder zur Selbstbestätigung getreten. So sei die anfängliche Kritik am Vorgehen der Staatsmacht rasch in kitschige Solidarisierung mit der Polizei und virtuelle Hetzjagd auf vorgebliche Gewalttäter umgeschlagen. Die Organisatoren hätten die „Riots“ nicht beeinflussen und keinen Bezug zu den Protestzielen herstellen können. Die traditionelle „Propaganda der Tat“ könne vernünftige Gesellschaftskritik nicht veranschaulichen. Eine Plünderung sei keine Enteignung, sondern an kapitalistische Verhältnisse gebunden. Es fehle eine strategische Klärung in der radikalen Linken. Georg Fülberth beschrieb, wie in der deutschen Geschichte Krawall polizeilich provoziert und zu stärkerer Unterdrückung der Linken benutzt wurde.<sup>[237]</sup>

## Weblinks

 **Commons: G20-Gipfel in Hamburg 2017** – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien  
 **Wikinews: G20-Gipfel in Hamburg 2017** – in den Nachrichten

- Deutsche Bundesregierung zu G20
- Abschlusserklärung
- Stadt Hamburg zu G20
- Hamburger Polizei zu G20
- #NoG20 2017: Infoportal zu den Protesten gegen G20-Gipfel 2017 in Hamburg

## Einzelnachweise

1. Jörn Lauterbach: *Warum sich die G 20 am ungeeignetsten Ort Deutschlands trifft*. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166204505/Warum-sich-die-G-20-am-ungeeignetsten-Ort-Deutschlands-trifft.ht>

- ml) Welt online, 3. Juli 2017
2. *Merkel: Hamburg richtet G20-Gipfel im Jahr 2017 aus.* (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/merkel-hamburg-richtet-g20-gipfel-im-jahr-2017-aus-id12727766.html>) Schleswig-Holsteinische Zeitung (SHZ), 13. Februar 2016
3. Markus Klemm: *Was Hamburg zum G20-Gipfel erwartet.* (<http://www.shz.de/regionales/hamburg/was-hamburg-zum-g20-gipfel-erwartet-id16466701.html>) SHZ, 30. März 2017
4. *Datum für G20-Gipfel in Hamburg steht fest.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article207667881/Datum-fuer-G20-Gipfel-in-Hamburg-steht-fest.html>) Hamburger Abendblatt, 10. Juni 2016
5. Denis Fengler: *Sicherheit: G-20-Gipfel in Hamburg stellt alles in den Schatten.* (<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article157792968/G-20-Gipfel-in-Hamburg-stellt-alles-in-den-Schatten.html>) Welt, 22. August 2016
6. Patrick Gensing: *Polizeieinsatz beim G20-Gipfel – „Die Polizei ist in einem Dilemma“.* (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/protest-gzwanzig-107.html>) Tagesschau, 6. Juli 2017
7. *G20- und OSZE-Treffen in Hamburg: Tumulte bei Info-Veranstaltung.* (<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article157930113/G-20-Gipfel-in-Hamburg-Tumulte-bei-Info-Veranstaltung.html>) Welt, 2. September 2016
8. *Gipfel in Hamburg: „Es kracht schneller als gedacht“ – Schanzen-Bewohner vor OSZE-Treffen besorgt.* (<http://www.shz.de/regionales/hamburg/es-kracht-schneller-als-gedacht-schanzen-bewohner-vor-osze-treffen-besorgt-id15475946.html>) SHZ, 29. November 2016
9. *Mafo-Umfrage: 74,3% sagen Nein zu G20 mitten in Hamburg.* (<http://www.mopo.de/hamburg/g20/mafo-umfrage-74-3--sagen-nein-zu-g20-mitten-in-hamburg-27921524>) Hamburger Morgenpost (MoPo), 6. Juli 2017
10. Jörg Diehl: *Rabenschwarzer Freitag.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-ueberforderte-polizei-in-hamburg-wie-konnte-das-passieren-a-1156755.html>) Spiegel, 8. Juli 2017
11. *Krawalle in Hamburg: Feuer und Plünderungen – Protest eskaliert.* (<https://www.tagesschau.de/inland/hamburg-krawalle-101.html>) Tagesschau, 8. Juli 2017
12. *De Maizière verteidigt Entscheidung für Gipfel-Ort.* ([https://www.tageblatt.de/home\\_artikel,-De-Maizi%C3%A8re-verteidigt-Entscheidung-fuer-Gipfel-Ort-\\_arid,1305684.html](https://www.tageblatt.de/home_artikel,-De-Maizi%C3%A8re-verteidigt-Entscheidung-fuer-Gipfel-Ort-_arid,1305684.html)) Stader Tageblatt, 9. Juli 2017
13. Karin Geil: *G20-Gipfel – Familienfoto der Gipfelteilnehmer.* (<http://www.zeit.de/politik/2017-07/g20-gipfel-hamburg-live>) Die Zeit, 7. Juli 2017; Nils Markwardt: *Zeremonielle Zombies. Hamburg - G20-Gipfel nimmt Arbeit auf.* (<http://www.zeit.de/kultur/2017-07/g20-hamburg-absolutismus-macht-politik>) Zeit, 7. Juli 2017
14. *Teilnehmer des G20-Gipfels am 7./8. Juli.* ([https://www.g20.org/Webs/G20/DE/G20/Teilnehmer/teilnehmer\\_node.html](https://www.g20.org/Webs/G20/DE/G20/Teilnehmer/teilnehmer_node.html)) g20.org, 10. Juli 2017
15. *Präsident Temer kommt doch zum G20-Gipfel.* (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/brasilien-praesident-temer-kommt-doch-zum-g20-gipfel/20014720.html>) Handelsblatt, 3. Juli 2017
16. *Saudischer König kommt nicht zum G20-Gipfel nach Hamburg.* (<http://www.ln-online.de/Nachrichten/Norddeutschland/Saudischer-Koenig-kommt-nicht-zum-G20-Gipfel-nach-Hamburg>) Lüneburger Nachrichten (LN), 3. Juli 2017
17. *Polizeieinsatz beginnt nächste Woche.* (<https://www.tagesschau.de/inland/gipfel-hamburg-polizeieinsatz-101.html>) Tagesschau, 15. Juni 2017
18. Christoph Sackmann: *G20-Hotels: Hier wohnten die Staats- und Regierungschefs.* ([http://www.focus.de/immobilien/wohnen/hamburg-von-gaestehaus-bis-luxushotel-hier-residierten-die-maechtigen-waehrend-des-g20-gipfels\\_id\\_7333901.html](http://www.focus.de/immobilien/wohnen/hamburg-von-gaestehaus-bis-luxushotel-hier-residierten-die-maechtigen-waehrend-des-g20-gipfels_id_7333901.html)) Focus, 9. Juli 2017
19. Angela Ulrich: *Politische Bildung bei Herrn Sauer.* (<https://www.tagesschau.de/inland/g20/g20-partnerprogramm-101.html>) Tagesschau, 6. Juli 2017; Marlies Fischer: *Die schöne Seite Hamburgs beim G20-Gipfel.* (<http://m.abendblatt.de/hamburg/g20/article211174161/Die-schoene-Seite-Hamburgs-beim-G20-Gipfel.html>) Hamburger Abendblatt, 8. Juli 2017
20. Francesco Giammarco: *Konzert zu G20: „Wir werden euch so richtig durchbelohnen“.* (<http://www.spiegel.de/kultur/musik/g20-global-citizen-festival-wir-werden-euch-so-richtig-durchbelohnen-a-1156390.html>) Spiegel, 7. Juli 2017
21. *G20-Gipfel in Hamburg: Shakira, Pharrell Williams und Andreas Bourani kommen zum Gratis-Konzert.* (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/g20-gipfel/shakira-pharrell-williams-und-andreas-bourani-kommen-zum-gratis-konzert-id16996741.html>) SHZ, 17. Juni 2017

22. *G20-Gipfel: Elbphilharmonie wird Hochsicherheitszone.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article210294657/G20-Gipfel-Elbphilharmonie-wird-Hochsicherheitszone.html>) Hamburger Abendblatt, 19. April 2017; *Hier live – G20-Konzert in der Elbphilharmonie.* (<http://www.spiegel.de/kultur/musik/g20-konzert-in-der-elbphilharmonie-hier-ist-der-livestream-a-1156494.html>) Spiegel, 7. Juli 2017; Stefan Grund: *Als Merkel den Saal betritt, setzt ein Jubelsturm ein.* (<https://www.welt.de/kultur/article166426215/Als-Merkel-den-Saal-betritt-setzt-ein-Jubelsturm-ein.html>) Welt, 10. Juli 2017
23. *Das Planetensystem der G20: die Beteiligungsgruppen.* ([https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/12/g20\\_-\\_die\\_grundlagen\\_4\\_das\\_planetensystem\\_der\\_g20\\_-\\_die\\_beteiligungsgruppen.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/12/g20_-_die_grundlagen_4_das_planetensystem_der_g20_-_die_beteiligungsgruppen.pdf)) Heinrich-Böll-Stiftung, Dezember 2016
24. BDI: *Die deutsche B20-Präsidentschaft.* (<http://bdi.eu/themenfelder/aussenwirtschaftspolitik/g20-b20-deutschland/#/artikel/news/die-deutsche-b20-praesidentschaft/>)
25. *G20 Germany 2017.* ([https://www.g20.org/Content/DE/\\_Anlagen/G7\\_G20/2016-g20-broschuere-bpa-de.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.g20.org/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2016-g20-broschuere-bpa-de.pdf?__blob=publicationFile&v=5)) g20.org / Bundespresseamt, 12. Dezember 2016 (PDF; 2,9 MB)
26. Stefan Sauer: *Je früher die Hilfe, umso wirksamer.* (<http://www.fr.de/politik/welthungerhilfe-je-frueher-die-hilfe-umso-wirksamer-a-1280716>) Frankfurter Rundschau (FR), 17. Mai 2017
27. *Forderungskatalog an Merkel.* ([https://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/brennpunkte\\_nt/article163992675/Forderungskatalog-an-Merkel.html](https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article163992675/Forderungskatalog-an-Merkel.html)) Welt, 26. April 2017
28. Christoph Titz: *Afrika beim G20-Gipfel: Für die Ärmsten ist im „Merkel-Plan“ kein Platz.* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/g20-gipfel-in-hamburg-merkel-plan-zu-afrika-mit-hintergedanken-a-1155875.html>) Spiegel Online, 5. Juli 2017
29. *G20: Suche nach Kompromissen beginnt.* (<http://www.heute.de/g20-suche-nach-kompromissen-beginnt-47520966.html>) heute, 7. Juli 2017
30. Julian Heißler: *Ein bisschen mehr als nichts.* (<https://www.tagesschau.de/inland/g20-merkel-abschluss-101.html>) Tagesschau, 8. Juli 2017
31. Anja Günther: *„Knapp an einer Pleite vorbei“.* (<https://www.tagesschau.de/kommentar/gzwanzig-abschluss-101.html>) Tagesschau, 8. Juli 2017
32. Christoph Seidler: *Von oben herab.* (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mang20-gipfel-in-hamburg-erdogan-trump-und-der-klimaschutz-a-1156839.html>) Spiegel, 8. Juli 2017; *G20-Teilnehmer einigen sich auf Abschlusserklärung.* (<http://www.zeit.de/politik/2017-07/g20-einigt-sich-auf-abschlusserklaerung-usa-beim-klimaschutz-isoliert>) Zeit, 8. Juli 2017
33. David Böcking: *Handelsregister vertagt.* (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/g20-gipfel-in-hamburg-absage-an-protektionismus-handelskrieg-vertagt-a-1156816.html>) Spiegel, 8. Juli 2017
34. *G20-Teilnehmer einigen sich auf Abschlusserklärung.* (<http://www.zeit.de/politik/2017-07/g20-einigt-sich-auf-abschlusserklaerung-usa-beim-klimaschutz-isoliert>) Zeit, 8. Juli 2017
35. *Abschlusserklärung steht – Dissens bleibt.* (<https://www.tagesschau.de/inland/gzwanzig-ergebnisse-105.html>) Tagesschau, 8. Juli 2017
36. Bernd Riegert: *G20: USA kündigen Konsens beim Klimaschutz auf.* (<http://www.dw.com/de/g20-usa-k%C3%BCndigen-konsens-beim-klimaschutz-auf/a-39610915#nomobile>) Deutsche Welle, 8. Juli 2017
37. Klaus Henning Glitza: *G20 in Hamburg: Eine Herausforderung für alle Sicherheitskräfte.* (<https://www.veko-online.de/archiv-ausgabe-02-2017/909-titel-g20-in-hamburg.html>) Veko, Frühjahr 2017
38. Thomas Hirschbiegel: *G20-Gipfel in Hamburg: Polizei rechnet mit 100.000 Gegendemonstranten.* (<http://www.mopo.de/hamburg/polizei/g20-gipfel-in-hamburg-polizei-rechnet-mit-100-000-gegendemonstranten-25198924>) MoPo, 21. Dezember 2016
39. Kai von Appen: *G20-Gipfel: 1,8 qm Verweilraum.* (<http://www.taz.de/!5403752/>) Die Tageszeitung (taz), 8. Mai 2017
40. Katharina Schipkowski: *Innensenator warnt vor Straßenblockaden: Behörde sieht G20-Protestler in Gefahr.* (<http://www.taz.de/!5403948/>) taz, 8. Mai 2017
41. *Hamburger Polizei übt Konvois für G20-Gipfel.* (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Polizei-uebt-Konvois-fuer-G20-Gipfel,gipfeltreffen306.html>) Norddeutscher Rundfunk (NDR), 10. Mai 2017
42. Daniel Wüstenberg: *Gipfel-Vorbereitung – Entsetzen über Drohungen des Innensenators: So nervös ist Hamburg wegen G20.* (<http://www.stern.de/politik/deutschland/g20-blockaden--hamburgs-innensenator-droht-demonstranten-7446920.html>) Stern, 10. Mai 2017
43. *Amtlicher Anzeiger Nr. 45, 9. Juni 2017* (<http://www.luewu.de/anzeiger/docs/2360.pdf>)
44. Kai von Appen: *Demoverbot zum G-20-Gipfel: Grundrecht großflächig außer Kraft gesetzt.* (<http://www.taz.de/!5416356/>) taz, 13. Juni 2017
45. Maik Bamgärtner et al: *Abgebrannt.* Der Spiegel 29/15. Juli 2017, S. 12-20, Zitat S. 14



46. Markus Lorenz: *Vorstellung des Polizeikonzepts: G20-Gipfel in Hamburg: Ein Polizeieinsatz der Superlative*. (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/g20-gipfel/g20-gipfel-in-hamburg-ein-polizeieinsatz-der-superlative-id17064691.html>) SHZ, 15. Juni 2017
47. Christian Unger, Julia Emmrich: *Österreichische „Cobra“ im Einsatz*. (<https://www.morgenpost.de/politik/article211177971/Oesterreichische-Cobra-im-Einsatz.html>) Berliner Morgenpost, 9. Juli 2017
48. *Bundespolizeidirektion Hannover – Einsatz G20 in Hamburg – BPOL-H G20: Österreichische Polizisten unterstützen die Bundespolizei*. ([http://www.focus.de/regional/hamburg/bundespolizeidirektion-hannover-einsatz-g20-in-hamburg-bpol-h-g20-oesterreichische-polizisten-unterstuetzen-die-bundespolizei\\_id\\_7304005.html](http://www.focus.de/regional/hamburg/bundespolizeidirektion-hannover-einsatz-g20-in-hamburg-bpol-h-g20-oesterreichische-polizisten-unterstuetzen-die-bundespolizei_id_7304005.html)) Focus, 30. Juni 2017
49. *G-20-Gipfel: Bund erteilt Waffenerlaubnis für ausländische Leibwächter*. (<http://www.faz.net/-ijb-8z67s>) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26. Juni 2017
50. *G20-Gipfel: Erdogan kommt ohne seine Prügel-Leibwächter*. (<https://www.merkur.de/politik/bundesregierung-erwartet-erdogans-pruegel-leibwaechter-nicht-bei-g20-zr-8432604.html>) Münchner Merkur, 26. Juni 2017
51. Jörg Diehl, Ansgar Siemens: *Polizei beim G20-Gipfel: Hochsicherheitszone Hamburg*. (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gipfel-in-hamburg-wie-die-polizei-sich-ruestet-und-womit-sie-rechnen-muss-a-1154613.html>) Spiegel, 28. Juni 2017
52. *Razzia vor G20-Gipfel: Polizei durchsucht Wohnungen Linksextremer in Eimsbüttel*. (<http://www.mopo.de/hamburg/g20/razzia-vor-g20-gipfel-polizei-durchsucht-wohnungen-linksextremer-in-eimsbuettel-27880862>) MoPo, 29. Juni 2017
53. *G20-Gipfel in Hamburg: Feuerlöscher, Molotowcocktails, Zwillen: Polizei zeigt Arsenal der Linksautonomen*. (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/g20-gipfel/feuerloescher-molotowcocktails-zwillen-polizei-zeigt-arsenal-der-linksautonomen-id17214681.html>) SHZ, 4. Juli 2017
54. *Deutschland führt zum G20-Gipfel Grenzkontrollen ein*. (<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article164643221/Deutschland-fuehrt-zum-G20-Gipfel-Grenzkontrollen-ein.html>) Welt, 17. Mai 2017
55. *Bundespolizei verschärft Grenzkontrollen vor G20-Gipfel*. (<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article166144242/Bundespolizei-verschaerft-Grenzkontrollen-vor-G20-Gipfel.html>) Welt, 1. Juli 2017
56. Désirée Förty: *Schweizer randalieren in der «Hölle»*. (<https://www.nzz.ch/schweiz/g-20-gipfel-in-hamburg-schweizer-randalieren-in-der-hoelle-ld.1305184>) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 10. Juli 2017
57. Pascal Ritter: *G20-Proteste: Schon ein Verdacht gegen Linksaktivisten reichte für Einreisesperre* (<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/g20-proteste-schon-ein-verdacht-gegen-linksaktivisten-reichte-fuer-ein-reisesperre-131523117>) Aargauer Zeitung, 14. Juli 2017
58. *673 Straftäter bei zeitweiligen G20-Grenzkontrollen gefasst*. (<https://www.waz.de/politik/673-straftaeter-bei-zeitweiligen-g20-grenzkontrollen-gefasst-id211187801.html>) Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 10. Juli 2017
59. Jean Philipp Baeck: *G20-Akkreditierung entzogen: Kein Zugang für linke Journalisten* (<http://www.taz.de/!5428032/>) taz, 7. Juli 2017
60. Matthias Gebauer: *Ausschluss von Journalisten: BKA befürchtete Störaktionen im Gipfelzentrum*. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-warum-die-bundesregierung-journalisten-die-akkreditierungen-entzog-a-1157619.html>) Spiegel, 13. Juli 2017
61. *G20-Gipfel in Hamburg: Chronik: Journalisten im Visier* (<http://faktenfinder.tagesschau.de/g20-akkreditierung-journalisten-chronologie-101.html>) Tagesschau, 18. Juli 2017
62. Frank Jansen: *Ausschluss von G20-Gipfel: Auch Straftäter unter den 32 Journalisten*. (<http://www.tagesspiegel.de/politik/ausschluss-von-g20-gipfel-auch-straftaeter-unter-den-32-journalisten/20059076.html>) Tagesspiegel, 14. Juli 2017
63. Minh Schredle: *Seiberts Schwarze Liste*. (<https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/329/seiberts-schwarze-liste-4488.html>) Kontext-Wochenzeitung, 19. Juli 2017
64. Peter Welcherling: *G20-Akkreditierungen: Chaos bei den Sicherheitsdateien*. (<http://www.heute.de/diskussion-um-entzogene-journalisten-akkreditierungen-beim-g20-gipfel-chaos-bei-den-sicherheitsdateien-47607946.html>) ZDF, 21. Juli 2017
65. Stefan Dammann: *Weser-Kurier wehrt sich nach Fotografen-Ausschluss*. ([https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/g20-hamburg-2017\\_artikel,-weserkurier-wehrt-sich-nach-fotografenausschluss-\\_arid,1622604.html](https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/g20-hamburg-2017_artikel,-weserkurier-wehrt-sich-nach-fotografenausschluss-_arid,1622604.html)) Weser-Kurier, 8. Juli 2017
66. Arnd Henze: *G20-Akkreditierung entzogen: Kritik an Liste mit Journalistennamen*. (<http://www.tagesschau.de/inland/gzwanzig-journalisten-109.html>) Tagesschau, 11. Juli 2017; *Datenschützer entsetzt über „schwarze Liste“ mit Journalisten*. (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/g20-gipfel-journalisten-akkreditierung-auslaendischer-geheimdienst-datenschutz>) Zeit, 11. Juli 2017

67. Marvin Schade: *Vier Wochen nach G20: Journalisten haben noch immer keine Begründung für Entzug der Akkreditierung.* (<http://meedia.de/2017/08/04/vier-wochen-nach-g20-journalisten-haben-noch-immer-keine-begruendung-fuer-entzug-der-akkreditierung/>) Meedia, 4. August 2017
68. *Journalisten klagen wegen Entziehung ihrer Akkreditierung.* (<http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-g20-gipfel-in-hamburg-journalisten-klagen-wegen-entziehung-ihrer-akkreditierung/20165562.html>) Tagesspiegel, 9. August 2017
69. *G20-Gegner demonstrieren heute in Hamburg.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211017849/G20-Gegner-demonstrieren-heute-in-Hamburg.html>) Hamburger Abendblatt, 22. Juni 2017
70. Johanna Felde: *G20: Läden in der Schanze verbarrikadiert.* (<https://fink.hamburg/2017/07/g20-laeden-in-der-schanze-verbarrikadiert/>) fink.hamburg, 6. Juli 2017
71. *ADAC zu G20-Gipfel: Hamburg droht völliger Verkehrskollaps.* (<http://www.hamburg.de/nachrichten-hamburg/9008778/adac-zu-g20-gipfel-hamburg-droht-voelliger-verkehrskollaps/>) hamburg.de, 21. Juni 2017
72. *Hermes kündigt Einschränkungen rund um G20-Gipfel an.* (<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article165736522/Hermes-kuendigt-Einschraenkungen-rund-um-G20-Gipfel-an.html>) Welt, 20. Juni 2017
73. *Protokoll: So sehr hat der G20-Gipfel den HVV-Verkehr tatsächlich blockiert.* (<http://www.nahverkehrhamburg.de/protokoll-so-sehr-hat-der-g20-gipfel-den-hvv-verkehr-tatsaechlich-blockiert-8541/>) nahverkehrhamburg.de, 10. Juli 2017
74. *Verkehrskonzept im HVV für den G20-Gipfel.* ([http://www.hvv.de/ueber-uns/aktuelles/2017\\_06\\_23\\_G20\\_Verkehrskonzept\\_im\\_HVV.php](http://www.hvv.de/ueber-uns/aktuelles/2017_06_23_G20_Verkehrskonzept_im_HVV.php)) Hamburger Verkehrsverbund, 23. Juni 2017
75. Roman Berlin: *G20-Gipfel: Diese Einschränkungen gibt es im HVV.* (<http://hamburg.nahverkehraktuell.de/2017/06/23/g20-gipfel-diese-einschraenkungen-gibt-es-im-hvv/>) hamburg.nahverkehraktuell.de, 23. Juni 2017
76. *8. Juli 2017: Große Demo gegen G20-Gipfel in Hamburg geplant.* (<http://www.shz.de/regionales/hamburg/grosse-demo-gegen-g20-gipfel-in-hamburg-geplant-id15364636.html>) SHZ, 17. November 2016
77. *Linke „Aktionskonferenz“ gegen G20.* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Linke-Aktionskonferenz-gegen-G20,gipfeltreffen186.html>) NDR, 4. Dezember 2016
78. Jonathan Welker: *G20: Aktionskonferenz in Hamburg findet doch statt.* (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1034141.g-aktionskonferenz-in-hamburg-findet-doch-statt.html>) ND, 2. Dezember 2016; Katharina Schipkowski: *Koalition der Gipfelgegner.* (<http://www.taz.de/!5357293/>) taz, 26. November 2016
79. *International: „Jugendrat gegen G20“ wird in Hamburg gegründet.* (<http://www.zeit.de/hamburg/aktuell/2017-02/17/international-jugendrat-gegen-g20-wird-in-hamburg-gegruendet-17124007>) Zeit, 17. Februar 2017
80. *Flüssiger Protest: Mit Tomatenschnaps gegen Trump.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article209801429/Fluessiger-Protest-Mit-Tomatenschnaps-gegen-Trump.html>) Hamburger Abendblatt, 3. März 2017
81. *Bündnis von Hamburger Studierenden: G20-Gipfel verhindern.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article210113085/Buendnis-von-Hamburger-Studierenden-G20-Gipfel-verhindern.html>) Hamburger Abendblatt, 31. März 2017
82. Lukas Schepers: *Studentischer Protest: 14.500 Unterschriften gegen G20.* (<https://fink.hamburg/2017/06/gemeinsam-statt-g20-will-den-gipfel-absagen/>) fink.hamburg, 2. Juni 2017
83. Mike Schlink: *Partys, Picknick und Krawall: Der Protest-Plan der Gipfel-Gegner.* (<http://www.mopo.de/hamburg/g20/partys--picknick-und-krawall-der-protest-plan-der-gipfel-gegner-26688286>) MoPo, 10. April 2017
84. Miriam Kraus, Markus Klemm: *Aktions- und Blockadetraining: G20-Gegner üben den Widerstand.* (<http://www.mopo.de/26678292>) MoPo, 7. April 2017
85. *Protest-Zug: 850 Menschen demonstrieren friedlich gegen den G20-Gipfel.* (<http://www.mopo.de/26683564>) MoPo, 8. April 2017
86. *Die Jugend gestaltet die Zukunft selbst, statt sie den G20 zu überlassen.* (<https://www.g20hamburg.org/de/content/die-jugend-gestaltet-die-zukunft-selbst-statt-sie-den-g20-zu-ueberlassen>) g20hamburg.org, 19. April 2017
87. *Demo in Innenstadt und Schanze: Studenten protestieren gegen G20-Gipfel.* (<http://www.mopo.de/hamburg/g20/demo-in-innenstadt-und-schanze-studenten-protestieren-gegen-g20-gipfel-26733640>) MoPo, 19. April 2017
88. *Programm „global.gerecht.gestalten“: Gemeinsam für Gerechtigkeit.* (<https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten/detail/gemeinsam-fuer-gerechtigkeit-1.html>) Nordkirche.de, 27. April 2017; *global-gerecht-gestalten.de: Das Bündnis* (<http://global-gerecht-gestalten.de/das-buendnis/>)

89. *G20-Gipfel in Hamburg – und was machen die Kirchen?* (<https://www.kirche-und-leben.de/artikel/wie-die-religionen-auf-den-g20-gipfel-reagieren/>) Kirche+Leben, 3. Juli 2017
90. *G20@Hamburg: Um welche Haltung geht es? Die Nordkirche und der Gipfel.* (<http://umweltfairaendern.de/2017/06/g20hamburg-um-welche-haltung-geht-es-die-nordkirche-und-der-gipfel/>) Ev. Stimmen, 21. Mai 2017
91. *NOZ: DGB-Chef dämpft Erwartungen vor dem G20-Gipfel in Hamburg.* (<http://www.presseportal.de/pm/58964/3667083>) Presseportal.de, 23. Juni 2017
92. *Andreas Dey: Gewerkschaftsbund begrüßt den G20-Gipfel in Hamburg.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article209230263/Gewerkschaftsbund-begruesst-den-G20-Gipfel-in-Hamburg.html>) Hamburger Abendblatt, 10. Januar 2017
93. *Milena Pieper: Demonstration „Hamburg zeigt Haltung“: Nur ein paar Trommler wurden laut.* (<http://www.taz.de/!5428074/>) taz, 8. Juli 2017
94. *G20-Proteste: Grenzenlos mit Haltung in die Hölle.* (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/protest-gzwanzig-101.html>) Tagesschau, 28. Juni 2017
95. *Nach Entscheidung des Verfassungsgerichts: Wie geht es nun mit dem G20-Protestcamp weiter?* (<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/g20-protestcamp-gespraech-zwischen-veranstalter-und-polizei-abgebrochen-a-1155063.html>) Spiegel, 30. Juni 2017
96. *G20-Gegner organisieren Bettenbörse.* ([https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ndr\\_aktuell/G20-Gegner-organisieren-Bettenboerse,ndraktuell38492.html](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ndr_aktuell/G20-Gegner-organisieren-Bettenboerse,ndraktuell38492.html)) NDR, 27. Juni 2017
97. *G20-Gegner: Hamburger Polizei erlaubt Protestcamp.* (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/g20-gegner-hamburg-genehmigung-protestcamp>) Zeit, 30. Juni 2017
98. *Nicolai Kwasniewski: G20-Gipfel in Hamburg: Polizei verhindert genehmigtes Protestcamp.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-gipfel-polizei-verhindert-genehmigtes-protestcamp-a-1155530.html>) Spiegel, 2. Juli 2017
99. *Gipfel-Gegner erhalten keinen Zutritt zum Camp-Gelände.* (<http://www.mopo.de/27848876>) MoPo, 3. Juli 2017
100. *Grote: Keine Übernachtungen in G20-Protestcamps.* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Grote-Keine-Uebernachtungen-in-G20-Protestcamps,gipfeltreffen498.html>) NDR, 4. Juli 2017
101. *Streit um G20-Protestcamp: Gericht bestätigt Übernachtungsverbot.* (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-protestcamp-verwaltungsgericht-bestaetigt-uebernachtungsverbot-a-1155652.html>) Spiegel, 3. Juli 2017
102. *Britta Kollenbroich: Proteste gegen den G20-Gipfel: „Wir sind cornern, was seid ihr?“* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-gegen-g20-gipfel-wir-sind-cornern-was-seid-ihr-a-1155990.html>) Spiegel, 5. Juli 2017
103. *G20-Camps: Hier schlafen die Gipfel-Gegner.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-camps-in-hamburg-wo-gipfel-gegner-schlafen-koennen-a-1156250.html>) Spiegel, 6. Juli 2017
104. *Gericht erlaubt das Camp in Entenwerder doch noch.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211148117/Gericht-erlaubt-das-Camp-in-Entenwerder-doch-noch.html>) Hamburger Abendblatt, 10. Juli 2017
105. *Polizei duldet 1000 Protest-Zelte im Volkspark.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211160337/Polizei-duldet-1000-Protest-Zelte-im-Volkspark.html>) Hamburger Abendblatt, 7. Juli 2017; *Polizei gestattet Schlafzelte im Altonaer Volkspark* (<http://www.zeit.de/hamburg/aktuell/2017-07/05/g20-polizei-gestattet-schlafzelte-im-altonaer-volkspark-05223004>) Zeit, 5. Juli 2017
106. *10.000 Menschen demonstrieren gegen G20-Gipfel.* (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/proteste-hamburg-g20-gipfel-rathausmarkt>) Zeit, 2. Juli 2017
107. *Tausende Hamburger "cornern" gegen den G20-Gipfel.* (<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article166278890/Tausende-Hamburger-cornern-gegen-den-G20-Gipfel.html>) Welt, 4. Juli 2017
108. *Kreativer Protest: The Walking Dead vs. G20.* (<http://www.stern.de/politik/deutschland/kreativer-protest-g20-gipfel-vs--the-walking-dead--7525330.html>) Stern, 5. Juli 2017; *1000 Gestalten: Website.* (<https://1000gestalten.de/>)
109. *Kevin Schubert: Nachttanzdemo gegen G20-Gipfel: „Noch nie eine so schöne Demo gesehen“.* (<http://www.heute.de/nachttanzdemo-lieber-tanz-ich-als-g20-gegen-hamburger-gipfel-verlaeuft-friedlich-47510292.html>) heute, 5. Juli 2017; *Bunter Protest: „Lieber tanz ich als G20“.* (<http://www.tagesspiegel.de/politik/hamburg-bunter-protest-lieber-tanz-ich-als-g20/20024770.html>) Tagesspiegel, 5. Juli 2017
110. *Kritik an G20-Staaten: „Sherpas der Finanzindustrie“.* (<https://www.tagesschau.de/inland/alternativer-gipfel-101.html>) Tagesschau, 5. Juli 2017
111. *Alexandra Endres: G20-Solidaritätsgipfel: Was anderes machen als Kapitalismus.* (<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-07/g20-solidaritaetsgipfel-hamburg-vandana-shiva/komplettansicht>) Zeit, 6. Juli 2017

112. *Was tun gegen den Hunger in der Welt?* (<https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten/detail/was-tun-gegen-den-hunger-in-der-welt.html>) Nordkirche.de, 6. Juli 2017
113. *G20 in Hamburg: „Welcome to Hell“ – die Chronik der Eskalation.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211158283/Welcome-to-Hell-die-Chronik-der-Eskalation.html>) Hamburger Abendblatt, 7. Juli 2017
114. Aziza Kasumov: *Irie Révoltés: Für immer Antifaschisten.* ([http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/irie-revoltes-fuer-immer-antifaschisten-15096847.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/irie-revoltes-fuer-immer-antifaschisten-15096847.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)) FAZ, 8. Juli 2017
115. Dominik Peters, Heike Klovert, Nicolai Kwasniewski, Ansgar Siemens: *Zusammenstöße zwischen Polizei und G20-Gegnern: Das ist der Gipfel.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-wer-hat-schuld-ausschreitungen-bei-g20-demo-in-hamburg-a-1156332.html>) Spiegel, 7. Juli 2017
116. *G20 - Hamburg: Kundgebung „Welcome to Hell“ gestartet.* (<http://www.sueddeutsche.de/news/service/g20---hamburg-kundgebung-welcome-to-hell-gestartet-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170706-99-141682>) SZ, 6. Juli 2017;
117. *Wasserwerfer und Pfefferspray: Polizei stoppt Anti-G20-Demo „Welcome to Hell“.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-gipfel-in-hamburg-polizei-stoppt-welcome-to-hell-demonstration-a-1156315.html>) Spiegel, 6. Juli 2017
118. *Block G20 – colour the red zone.* (<http://www.blockg20.org/>) blockg20.org
119. *Bündnis shut-down Hamburg.* (<https://shutdown-hamburg.org/>)
120. *Demonstranten hindern Melania Trump an Verlassen der Unterkunft* (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166379009/Demonstranten-hindern-Melania-Trump-an-Verlassen-der-Unterkunft.html>) Welt, 7. Juli 2017
121. *„Block G20“: Blockaden und Brandsätze – neue Demonstrationen in Hamburg.* (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/g20-gipfel/blockaden-und-brandsaetze-neue-demonstrationen-in-hamburg-id17242861.html>) SHZ, 7. Juli 2017; *Auf G-20-Protokollrouten – Polizei löst Sitzblockaden in Verbotzone auf.* (<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Polizei-loest-Sitzblockaden-in-Verbotzone-auf>) Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ), 25. April 2017
122. Maik Baumgärtner und andere: *Abgebrannt.* Der Spiegel Nr. 29 / 15. Juli 2017, S. 16
123. Sebastian Kempkens: *76.000 Mal Hoffnung.* (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/g20-gipfel-hamburg-grenzenlose-solidaritaet-hans-christian-stroebele>) Zeit, 8. Juli 2017
124. *Erneuter Wasserwerfer- und Tränengas-Einsatz vor der Roten Flora.* (<https://www.welt.de/politik/deutschland/live166211930/Erneuter-Wasserwerfer-und-Traenengas-Einsatz-vor-der-Roten-Flora.html>) Welt, 9. Juli 2017; *Großdemo „Grenzenlose Solidarität statt G20“* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Demo-Grenzenlose-Solidaritaet-statt-G20,gipfelproteste106.html>) NDR, 8. Juli 2017
125. *Tausende demonstrieren friedlich bei „Hamburg zeigt Haltung“.* (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/tausende-demonstrieren-friedlich-bei-hamburg-zeigt-haltung-id17254061.html>) SHZ, 8. Juli 2017
126. *Gottesdienst für die „verwundete Stadt“.* (<https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten/detail/gottesdienst-fuer-die-verwundete-stadt.html>) Nordkirche.de, 8. Juli 2017
127. Hasan Gökkaya: *Friedel 54, Rigaer und Anschläge: Wie die autonome Szene sich für G20 warmläuft.* (<http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/friedel-54-rigaer-und-anschlaege-wie-die-autonome-szene-sich-fuer-g20-warmlaeuft/20000358.html>) Tagesspiegel, 29. Juni 2017
128. *Linksextreme bekennen sich zu Brandanschlägen.* (<http://m.abendblatt.de/hamburg/polizeimeldungen/article209961567/Bereitschaftswagen-zum-Schutz-von-Olaf-Scholz-brennt-aus.html>) Hamburger Abendblatt, 17. März 2017
129. *Vor G20-Gipfel: Farbangriff auf Werbeagentur Scholz & Friends.* (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article210185473/Vor-G20-Gipfel-Farbangriff-auf-Werbeagentur-Scholz-amp-Friends.html>) Hamburger Abendblatt, 7. April 2017
130. *Brandanschläge auf Bahnstrecken – Zugverkehr in der Region Leipzig noch gestört.* (<http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Brandanschlaege-auf-Bahnstrecken-vier-Signale-in-Leipzig-ausgefallen>) Leipziger Volkszeitung (LVZ), 19. Juni 2017
131. NDR: *Liveblog zum G20-Gipfel vom 6. Juli 2017.* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Verletzte-nach-eskalierten-Demonstration,gipfeltreffen550.html>)
132. NDR: *Liveblog zum G20-Gipfel vom 7. Juli 2017.* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Liveblog-Brennende-Barrikaden-in-der-Schanze,liveticker554.html>)
133. Eva Horn/Ayla Mayer: *20 Minuten G20-Zerstörungswut. Wie der schwarze Block unbehelligt Hamburg-Altona verwüstete* (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gipfel-in-hamburg-autonome-ziehen-durch-altona-a-1156812.html>) auf Spiegel Online vom 8. Juli 2017
134. *Anwohner geschlagen und getreten.* (<http://www.faz.net/aktuell/politik/randale-in-der-elbchaussee-anwohner-geschlagen-und-getreten-15095725.html>) FAZ, 7. Juli 2017

135. *Hamburg, ein Katz- und Mausspiel*. (<http://www.faz.net/-ijb-8zkk6>) FAZ, 7. Juli 2017
136. Thomas Berbner, Georg Mascolo, Christian Baars: *G20-Krawall: Gab es wirklich einen Hinterhalt?* (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Krawall-Gab-es-wirklich-einen-Hinterhalt,krawalle170.html>) NDR, 19. Juli 2017
137. *Schulterblatt 1 - das Haus im Zentrum der Krawalle*. (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-was-geschah-beim-g20-einsatz-im-schanzenviertel-a-1157408.html>) Spiegel, 12. Juli 2017
138. Martin Fischer: *SEK-Einsatz auf den Schanzendächern „Sie haben sich sofort ergeben“*. (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-sek-einsatz-im-schanzenviertel-dann-herrschte-absolute-stille-a-1157522.html>) Spiegel, 13. Juli 2017
139. *G20: „Haarscharf an Eskalation vorbei“*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Haarscharf-an-Eskalation-vorbei,gipfeltreffen602.html>) NDR, 19. Juli 2017
140. Denis Fengler: *„Es war ein absolutes Dilemma“*. ([https://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/hamburg/article166638607/Es-war-ein-absolutes-Dilemma.html](https://www.welt.de/print/welt_kompakt/hamburg/article166638607/Es-war-ein-absolutes-Dilemma.html)) Welt, 14. Juli 2017
141. Moritz Wichmann: *G20: Sondereinsatzkommando zielte auf Sanitäter*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057516.g-sondereinsatzkommando-zielte-auf-sanitaeter.html>) ND, 16. Juli 2017; Moritz Wichmann: *„Man kann froh sein, dass es keine Toten gab“*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058374.man-kann-froh-sein-dass-es-keine-toten-gab.html>) ND, 24. Juli 2017
142. *Erneut Krawalle im Hamburger Schanzenviertel*. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-gipfel-erneut-krawalle-in-hamburg-a-1156848.html>) Spiegel, 9. Juli 2017
143. Martin Steinhagen: *Schüsse in der Schanze*. (<http://www.fr.de/politik/g20-schuesse-in-der-schanze-a-1310787>) FR, 9. Juli 2017
144. Jan-Henrik Wiebe: *Exklusiv: Neonazis geben Teilnahme an G20-Protesten zu*. (<http://www.thueringen24.de/welt/article211302087/Exklusiv-Neonazis-geben-Teilnahme-an-G20-Protesten-zu.html>) Thüringen24, 19. Juli 2017; *Journalist: Rechtsradikale unter Randalierern*. (<https://www.swr.de/swraktuell/proteste-bei-g20-journalist-rechtsradikale-unter-randalierern/-/id=396/did=19916574/nid=396/1efq4t8/index.html>) SWR, 17. Juli 2017
145. *Bei Krawallen in der Schanze: Auch Rechte randalierten mit*. (<http://www.mopo.de/27941982>) MoPo, 25. Juli 2017
146. Madeleine Janssen: *Aufräumen nach den Krawallen: Hamburg macht klar Schiff*. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-in-hamburg-buerger-raeumen-schanzenviertel-nach-verwuestungen-auf-a-1156889.html>) Spiegel, 10. Juli 2017
147. *Nach Hamburger G20-Gipfel: Viele Fragen sind noch offen*. (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/g20-offene-fragen-101.html>) Tagesschau, 15. Juli 2017
148. Christoph Twickel: *„Wie Pitbulls auf Speed“*. (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/g20-gipfel-polizei-gewalt-olaf-scholz/komplettansicht>) Zeit, 19. Juli 2017
149. Erik Peter, Katharina Schipkowski: *Gescheiterte Polizeitaktik beim G20-Gipfel: Alles richtig eskaliert?* (<http://www.taz.de/!5426594/>) taz, 13. Juli 2017
150. Nina Gessner: *„Antifa-Schweine: Das ist euer Frühstück!“ Verletzte beschuldigen Berliner Polizisten*. (<http://www.mopo.de/hamburg/g20/-antifa-schweine--das-ist-euer-fruehstueck---verletzte-beschuldigen-berliner-polizisten-27962202>) MoPo, 13. Juli 2017
151. *„Sie haben gedroht mich umzubringen“: Protokoll eines polizeilichen Übergriffes während des G20-Gipfels*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057141.sie-haben-gedroht-mich-umzubringen.html>) Neues Deutschland (ND), 12. Juli 2017
152. Andrej Reisin: *Zeuge schildert Polizeiübergriff bei G20: Ein verhängnisvoller Abend*. (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/g20-polizeieuebergreif-101.html>) Tagesschau, 21. Juli 2017
153. Elisabeth Weydt: *G20: Schanzen-Anwohnerin schildert Polizei-Schläge*. (<http://www.ndr.de/info/programm/G20-Schanzen-Anwohnerin-schildert-Polizei-Schlaege,gipfel2692.html>) NDR, 20. Juli 2017
154. Lena Kaiser, Katharina Schipkowski: *Behandlung von Festgenommenen bei G20: „Das war für mich wie eine Folter“*. (<http://m.taz.de/!5426782;m/>) taz, 14. Juli 2017
155. Ralf Hutter: *Die Polizei schlug einfach drauf*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1056987.die-polizei-schlug-einfach-drauf.html>) ND, 12. Juli 2017
156. Charlotte Parnack: *G20-Krawalle: Keiner war's gewesen*. (<http://www.zeit.de/2017/30/g20-krawalle-olaf-scholz-polizeigewalt-hamburg/komplettansicht>) Zeit, 19. Juli 2017
157. *Bürgermeisters Alternative Facts: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“*. (<http://www.taz.de/!5427171/>) taz, 19. Juli 2017
158. Philipp Steffens: *Durchsuchung beim G20-Gipfel: Polizei verläuft sich bei Razzia*. (<http://www.taz.de/!5426463/>) taz, 13. Juli 2017

159. Erik Peter: *Bus-Kontrollen nach G20: Bussi von der Polizei*. (<http://www.taz.de/!5425671/>) taz, 10. Juli 2017
160. *Buskontrollen nach G20 - Grüne- und Linke-Jugend beklagen Polizeischikane*. (<https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/07/g20-gruene-linke-jugendorganisationen-buskontrollen-polizei.html>) rbb, 10. Juli 2017
161. Ralf Hutter: *G20: Festival der verletzten Grundrechte*. (<https://mmm.verdi.de/beruf/g20-festival-der-verletzten-grundrechte-42911/>) Verdi.de, 25. Juli 2017; „Die Presse ist hier nicht mehr sicher“. ([http://www.huffingtonpost.de/flo-smith/die-presse-ist-hier-nicht-sicher\\_b\\_17434624.html?utm\\_hp\\_ref=germany](http://www.huffingtonpost.de/flo-smith/die-presse-ist-hier-nicht-sicher_b_17434624.html?utm_hp_ref=germany)) The Huffington Post, 9. Juli 2017
162. *Keine Polizeigewalt? Herr Bürgermeister, das stimmt nicht*. ([http://www.stern.de/panorama/stern-crime/stern-fotograf-hans-juergen-burkard-keine-polizeigewalt--herr-buergermeister--das-stimmt-nicht--7539418.html?utm\\_campaign&utm\\_source=facebook&utm\\_medium=mweb\\_sharing](http://www.stern.de/panorama/stern-crime/stern-fotograf-hans-juergen-burkard-keine-polizeigewalt--herr-buergermeister--das-stimmt-nicht--7539418.html?utm_campaign&utm_source=facebook&utm_medium=mweb_sharing)) Stern, 15. Juli 2017
163. *Sorgen um Pressefreiheit: Journalisten wird überraschend die Akkreditierung zum G20-Gipfel entzogen*. ([http://www.huffingtonpost.de/2017/07/07/pressefreiheit-journalisten-akkreditierung-g20-hamburg-\\_n\\_17423538.html](http://www.huffingtonpost.de/2017/07/07/pressefreiheit-journalisten-akkreditierung-g20-hamburg-_n_17423538.html)) Huffington Post, 7. Juli 2017
164. Frank Überall: *Übergriffe auf Journalisten beim G20-Gipfel*. ([https://www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente\\_Gesch%C3%A4ftsstelle/F%C3%9C-Brief\\_M%C3%BCnch\\_100717.pdf](https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Dokumente_Gesch%C3%A4ftsstelle/F%C3%9C-Brief_M%C3%BCnch_100717.pdf)) DJV, 10. Juli 2017; Matthias Schwarzer: *Polizeigewalt: Journalisten beklagen Angriffe durch Einsatzkräfte bei G20*. ([http://www.nw.de/nachrichten/thema/21849211\\_Polizeigewalt-Journalisten-beklagen-Angriffe-durch-Einsatzkraefte-bei-G20.html](http://www.nw.de/nachrichten/thema/21849211_Polizeigewalt-Journalisten-beklagen-Angriffe-durch-Einsatzkraefte-bei-G20.html)) Neue Westfälische (NW), 10. Juli 2017
165. *G20-Doku: Materialsammlung zu Polizeigewalt und Behinderung der Presse*. (<https://netzpolitik.org/2017/g20-doku-materialsammlung-zu-polizeigewalt-und-behinderung-der-presse/>) Netzpolitik.org, 12. Juli 2017; Fabian Hillebrand: *Polizeigewalt bei G20 wird dokumentiert*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057264.polizeigewalt-bei-g-wird-dokumentiert.html>) ND, 13. Juli 2017
166. Ansgar Siemens: *G20-Krawalle: Polizisten ignorierten Reizgas-Vorgabe des Hamburger Einsatzchefs*. (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-krawalle-polizisten-ignorierten-vorgabe-von-hamburger-einsatzchef-a-1163169.html>) Spiegel, 16. August 2017
167. *Demo-Anmelder: „Polizei wollte andere Bilder“*. (<http://www.ndr.de/fernsehen/Demo-Anmelder-Polizei-wollte-andere-Bilder,gipfel1348.html>) NDR, 7. Juli 2017; Philipp Schmidt: *„ Eskalation als Polizeikonzept“*. Gespräch mit Andreas Blechschmidt, konkret 8/2017, S. 12-13
168. Max Bryan: *G20-Bilanz: „Zahlreiche Rechtsbrüche“ - Versagen der Hamburger Polizei hat parlamentarisches Nachspiel*. ([http://www.huffingtonpost.de/max-bryan/g20-bilanz-hamburg-polizei-versagen-demonstration\\_b\\_17443512.html](http://www.huffingtonpost.de/max-bryan/g20-bilanz-hamburg-polizei-versagen-demonstration_b_17443512.html)) Huffington Post, 11. Juli 2017.
169. Andreas Förster: *G20 in Hamburg: Anwalt wirft Polizisten Rechtsverstöße vor*. (<http://www.fr.de/politik/g20-in-hamburg-anwalt-wirft-polizisten-rechtsverstoesse-vor-a-1313219>) FR, 14. Juli 2017
170. Heike Klovert: *G20 in Hamburg – Der Gipfel-Knast*. (<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gefaengnis-polizei-behindert-rechtsanwaelte-massiv-a-1156581.html>) Spiegel, 8. Juli 2017
171. *Die Versammlungsfreiheit als Grund- und Menschenrecht galt in Hamburg nicht*. (<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/%C2%BBdie-versammlungsfreiheit-als-grund-und-menschenrecht-galt-in-hamburg-ni>) Blätter für deutsche und internationale Politik, 9. Juli 2017
172. *Protestforscher über G-20-Chaos: „Die Strategie der Polizei ist kolossal gescheitert“*. (<http://www.sueddeutsche.de/politik/protestforscher-ueber-g-chaos-die-strategie-der-polizei-ist-kolossal-gescheitert-1.3579457>) SZ, 9. Juli 2017
173. *Prantls Blick: Demonstrationsfreiheit ist ein Grundrecht, kein Gnadenrecht*. (<http://www.sueddeutsche.de/politik/prantls-blick-der-neue-sz-newsletter-folge-was-der-g-gipfel-bringt-jetzt-abonnieren-1.3570557>) SZ, 2. Juli 2017
174. *„Pressefreiheit ist kein Schönwettergrundrecht“*. ([http://www.deutschlandfunk.de/medien-nach-g20-pressefreiheit-ist-kein.2907.de.html?dram:article\\_id=390654](http://www.deutschlandfunk.de/medien-nach-g20-pressefreiheit-ist-kein.2907.de.html?dram:article_id=390654)) Deutschlandfunk, 10. Juli 2017
175. *Kriminologe zu den Krawallen bei G20: „Die falsche Strategie zum falschen Zeitpunkt“*. ([http://www.deutschlandfunkkultur.de/kriminologe-zu-den-krawallen-bei-g20-die-falsche-strategie.1008.de.html?dram:article\\_id=390623](http://www.deutschlandfunkkultur.de/kriminologe-zu-den-krawallen-bei-g20-die-falsche-strategie.1008.de.html?dram:article_id=390623)) Deutschlandfunk, 10. Juli 2017
176. Juri Auel: *Scholz lobt „heldenhaften Einsatz“ der Polizei*. (<http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-in-hamburg-scholz-lobt-heldenhaften-einsatz-der-polizei-1.3579868>) SZ, 9. Juli 2017
177. Philipp Steffens: *Linken-Politiker van Aken über Olaf Scholz: „Was ist in den gefahren?“* (<http://www.taz.de/!5426741/>) taz, 15. Juli 2017



178. *G20: Anwälte beklagen Misshandlung durch Polizei.* (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057508.g-anwaelte-beklagen-misshandlung-durch-polizei.html>) ND, 16. Juli 2017; *Hamburger Gefangenensammelstelle: Rechte von in Gewahrsam Genommenen und Rechtsanwälten systematisch verletzt.* (<https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt>) Anwaltlicher Notdienst / RAV, 14. Juli 2017
179. *Systematische Grundrechtsverletzungen während der G20-Proteste: Pressemitteilung des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins.* (<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/%C2%BBsystematische-grundrechtsverletzungen-waehrend-der-g20-proteste%C2%AB>) Blätter für deutsche und internationale Politik 7/17, 14. Juli 2017
180. Per Hinrichs: *G-20-Polizei-Einsatz: „Das verstößt gegen die Verfassung“* (<https://www.welt.de/regionale/s/hamburg/article166935135/Das-verstoess-gegen-die-Verfassung.html>) Welt, 23. Juli 2017
181. Alexander Schulz: *„Die Hamburger Linie ist gegen Kritik fast immun“.* (<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/g20-rafael-behr-ueber-polizeigewalt-und-die-hamburger-linie-a-1159067.html>) Spiegel, 22. Juli 2017
182. Matern Boeselager: *Natürlich gab es Polizeigewalt in Hamburg – sagt dieser Polizist.* (<https://www.vice.com/de/article/kzajj3/natuerlich-gab-es-polizeigewalt-in-hamburg-sagt-dieser-polizist>) Vice, 26. Juli 2017
183. Georg Mascolo, Ronen Steinke: *Wartete ein „bewaffneter Hinterhalt“ auf die Polizei?* (<http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-wartete-ein-bewaffneter-hinterhalt-auf-die-polizei-1.3594134>) SZ, 19. Juli 2017
184. *SEK stürmte Gerüst: Festgenommer erzählt, was dort passierte.* ([http://www.focus.de/politik/deutschland/g20-krawalle-im-schanzenviertel-sek-stuermt-geruest-festgenommer-erzaehlt-was-dort-passierte\\_id\\_7361194.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/g20-krawalle-im-schanzenviertel-sek-stuermt-geruest-festgenommer-erzaehlt-was-dort-passierte_id_7361194.html)) Focus, 17. Juli 2017
185. Max Bryan: *Umfassende Analyse wirft neue Fragen auf.* ([http://www.huffingtonpost.de/max-bryan/g20-ermittlungen-hamburg\\_b\\_17563806.html](http://www.huffingtonpost.de/max-bryan/g20-ermittlungen-hamburg_b_17563806.html)) Huffington Post, 19. Juli 2017
186. Joseph Hausner: *Massive Angriffe beim G20-Gipfel: Was Polizisten alles (nicht) dürfen, um sich zu wehren.* ([http://www.focus.de/politik/deutschland/massive-angriffe-beim-g20-gipfel-was-polizisten-alles-nicht-duerfen-um-sich-zu-wehren\\_id\\_7340525.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/massive-angriffe-beim-g20-gipfel-was-polizisten-alles-nicht-duerfen-um-sich-zu-wehren_id_7340525.html)) Focus, 10. Juli 2017
187. Vincenzo Capodici: *Die Gummischrot-Frage spaltet die Polizei.* (<http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/die-gummischrotfrage-spaltet-die-polizei/story/22855389>) Tagesanzeiger, 11. Juli 2017
188. Matern Boeselager: *Wie die Polizei mit fragwürdigen Meldungen das Bild der G20-Demos manipulierte.* (<https://www.vice.com/de/article/d384kz/wie-die-polizei-mit-fragwuerdigen-meldungen-das-bild-der-g20-demos-manipulierte>) Vice, 14. Juli 2017
189. *Verdächtige von „bewaffnetem Hinterhalt“ auf Schanzendach wieder frei.* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-in-hamburg-verdaechtige-von-hinterhalt-auf-schanzendach-wieder-frei-a-1157280.html>) Spiegel, 11. Juli 2017
190. Katharina Schipkowski: *Knast nach dem Protest.* (<http://taz.de/!5429347/>) taz, 26. Juli 2017
191. Reante Pinzke: *G20-Krawalle: Bürgerliche Randalierer.* (<http://www.mopo.de/28084632>) MoPo, 29. Juli 2017
192. Sören Götz, Parvin Sadigh: *Auf Videos erkennt man vor allem die Mitläufer.* (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/g20-autonome-gewalt-festnahme-strafe/komplettansicht>) Zeit, 11. Juli 2017
193. Wolfgang Wichmann: *„Bild“ sucht G20-Randalierer: „Fahndungsaufrufe sind Aufgabe der Polizei“.* (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/gzwanzig-147.html>) Tagesschau, 10. Juli 2017
194. *Falschmeldungen zu G20-Einsatz: Kampf gegen „Online-Hetzjagd“.* (<http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/gzwanzig-143.html>) Tagesschau, 10. Juli 2017
195. Katharina Schipkowski: *Eingeknastet wegen schwarzen Schals?* (<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5432364&s=CHIPKOWSKI&SuchRahmen=Print/>) taz, 4. August 2017
196. *G-20-Gipfel: Drei Bengalos reichten für die Polizei-Attacke.* (<http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-drei-bengalos-reichten-fuer-die-polizei-attacke-1.3616947!amp>), SZ, 4. August 2017; Stefan Buchen: *Verfolgung der G20-Täter: Polizei verstrickt sich in Widersprüche.* (<http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Verfolgung-der-G-20-Taeter-Polizei-verstrickt-sich-in-Widersprueche,gzwanzig268.html>) NDR, 4. August 2017; Julia Jüttner: *Die Schlacht nach der Schlacht.* Der Spiegel 35/26. August 2017, S. 52
197. Stefan Buchen, Philipp Hennig, Andrej Reisin: *G20: Macht man die Falschen zum Sündenbock?* (<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/G20-Macht-man-die-Falschen-zum-Suendenbock,gzwanzig280.html>) NDR, 22. August 2017
198. *G20: Hörte Polizei Handy-Gespräche in Harburg ab?* (<https://www.abendblatt.de/hamburg/harburg/article211421723/G20-Hoerte-Polizei-Handy-Gespraech-in-Harburg-ab.html>) Hamburger Abendblatt, 31. Juli 2017

199. Philipp Steffens: *Handyüberwachung bei G20: Demonstranten ausspioniert*. (<http://www.taz.de/!5430280/>) taz, 31. Juli 2017
200. Anna Biselli: *G20 heißt auch: Gipfel der Überwachung* (<https://netzpolitik.org/2017/g20-heisst-auch-gipfel-der-ueberwachung/>). Netzpolitik, 28.07.2017; Vergleiche auch: Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg: Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider (DIE LINKE) vom 18.07.17 und Antwort des Senats. Betr.: G20 – Technische Überwachungsmaßnahmen zum G20-Gipfel (<https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/58675/g20-%E2%80%93-technische-%C3%BCberwachungsma%C3%9Fnahmen-zum-g20-gipfel.pdf>), Drucksache 21/9862
201. Dennis Kogel: *Polizei sammelt IMEI-Nummern von Demonstranten – aber was bringt das überhaupt?* (<https://motherboard.vice.com/de/article/9kwkn3/g20-polizei-sammelt-imei-nummern-von-demonstranten-a-ber-was-bringt-das-ueberhaupt>). Motherboard, 7. Juli 2017; Vergleiche auch: Anna Biselli: *G20 heißt auch: Gipfel der Überwachung* (<https://netzpolitik.org/2017/g20-heisst-auch-gipfel-der-ueberwachung/>). Netzpolitik, 28.07.2017
202. Knut Henkel: *Datenschutz während G20-Gipfel: Hostel-Gäste unter Verdacht*. (<http://www.taz.de/!5428368/>) taz, 19. Juli 2017
203. Katharina Schipkowski: *Aufklärung von Polizei-Gewalt: Ermittlungen gegen sich selbst*. (<http://taz.de/Aufklaerung-von-Polizei-Gewalt/!5429904/>) taz, 28. Juli 2017
204. *Polizeigewalt bei G20? Ermittler prüfen mehr als 100 Fälle*. (<http://www.abendblatt.de/hamburg/article211388781/Polizeigewalt-bei-G20-Ermittler-pruefen-mehr-als-100-Faelle.html>) Hamburger Abendblatt, 27. Juli 2017
205. *Nach G20: Diskussion über Rolle der Polizei*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Nach-G20-Diskussionen-ueber-die-Polizei,gipfeltreffen590.html>) NDR, 14. Juli 2017
206. Daniel Chur: *Nach G20-Gipfel: Ruhrgebiets-Jugendgruppe verklagt Hamburger Polizei*. (<http://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/falken-verklagen-polizei-hamburg-100.html>) WDR, 20. Juli 2017; Thomas Mader: *G20-Protest: „Die Falken“ erheben Vorwürfe der Schikane gegen die Polizei*. (<https://www.waz.de/politik/die-falken-erheben-vorwuerfe-der-schikane-gegen-die-polizei-id211238377.html>) WAZ, 13. Juli 2017
207. Peter Carstens: *Polizei sperrte grundlos friedliche Demonstranten ein*. (<http://www.faz.net/aktuell/politik/g-20-gipfel-polizei-sperrte-grundlos-friedliche-demonstranten-ein-15127937.html>) FAZ, 29. Juli 2017
208. Marcus Engert: *Während der G20-Proteste wurden weniger Polizisten verletzt, als die Polizei behauptet*. ([https://www.buzzfeed.com/marcusengert/bei-g20-protesten-weniger-polizisten-verletzt-als-gemeldet?utm\\_term=.ivk4JejaE#.ll4PMWZwQ](https://www.buzzfeed.com/marcusengert/bei-g20-protesten-weniger-polizisten-verletzt-als-gemeldet?utm_term=.ivk4JejaE#.ll4PMWZwQ)) Buzzfeed, 14. Juli 2017; *Hamburg: Weniger Polizisten bei G20-Krawallen verletzt als angenommen*. (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166677860/Weniger-Polizisten-bei-G-20-Krawallen-verletzt-als-angenommen.html>) Welt, 15. Juli 2017
209. Stephanie Lamprecht: *Nach G20-Krawallen: Polizei-Professor zweifelt an Zahl verletzter Beamter*. (<http://www.mopo.de/hamburg/polizei/nach-g20-krawallen-polizei-professor-zweifelt-an-zahl-verletzter-beamter-27974180>) MoPo, 15. Juli 2017
210. *Nachbereitung der Polizeiarbeit bei G20: Verletzte und interne Ermittlungen*. (<http://www.taz.de/Nachbereitung-der-Polizeiarbeit-bei-G20/!5437398/>) taz, 26. Juli 2017
211. Pitt von Bebenburg: *G20 in Hamburg: Polizei überprüft Pfefferspray-Einsatz*. (<http://www.fr.de/politik/g20-in-hamburg-polizei-ueberprueft-pfefferspray-einsatz-a-1312700>) FR, 13. Juli 2017
212. Andreas Dey, Christoph Heinemann, Christian Unger: *Das Rätsel um die Kosten des G20-Gipfels*. (<http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211016533/Das-Raetsel-um-die-Kosten.html>) Hamburger Abendblatt, Juni 2017
213. Jana Werner: *Sechs Millionen Euro für eine Gefangenensammelstelle*. (<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article167020767/Sechs-Millionen-Euro-fuer-eine-Gefangenensammelstelle.html>)
214. Ingmar Schmidt: *G20: Versicherungen schätzen Millionenschaden*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/G20-Versicherungen-schaetzen-Millionenschaden,gipfeltreffen600.html>) NDR, 18. Juli 2017
215. *40 Millionen Euro für Geschädigte in Hamburger Innenstadt*. (<http://www.faz.net/1.5114109>) dpa/FAZ, 20. Juli 2017
216. *G20-Krawalle: Bund übernimmt Hälfte der Entschädigungskosten*. (<https://www.tagesschau.de/inland/hamburg-randale-entschaedigung-101.html>) Tagesschau, 12. Juli 2017
217. Joachim Frank: *Nach dem G20-Gipfel: „Eine kluge Strategie sieht anders aus“*. (<http://www.fr.de/politik/nach-dem-g20-gipfel-eine-kluge-strategie-sieht-anders-aus-a-1311301>) FR, 11. Juli 2017; *Politikforscher: Bundeskanzlerin Merkel wird vom G20-Gipfel für die Bundestagswahl profitieren*. (<http://bundesdeutsche-zeitung.de/headlines/politics-headlines/politikforscher-bundeskanzlerin-merkel-wird-vom-g20-gipfel-fuer-die-bundestagswahl-profitieren-964356>) Bundesdeutsche Zeitung, 7. Juli 2017

218. Angela Merkel: *Merkel verurteilt Gewalt in Hamburg scharf*. (<http://de.reuters.com/article/g20-gewalt-kr-awalle-idDEKBN19T0UQ>) Reuters, 8. Juli 2017
219. *G20-Gipfel: Gabriel fürchtet um Deutschlands Ansehen in der Welt*. (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/g20-gipfel-proteste-linksextremismus-reaktionen>) Zeit, 8. Juli 2017
220. Jörg Quooos, Miguel Sanches, Christian Unger: *De Maizière fordert Fußfesseln für potenzielle Krawallmacher*. (<https://www.morgenpost.de/politik/article211251735/De-Maiziere-fordert-Fussfesseln-fuer-potenzielle-Krawallmacher.html>) Berliner Morgenpost, 15. Juli 2017
221. Andreas Debski: *Maas gegen Vorverurteilung von Szene-Treffs in Leipzig-Connewitz*. (<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Maas-gegen-Vorverurteilung-von-Szene-Treffs-in-Leipzig-Connewitz>) LVZ, 18. Juli 2017
222. *G20-Krawalle: SPD-Politiker fordert lebenslanges Demo-Verbot für Straftäter*. (<https://www.derwesten.de/politik/spd-politiker-fordert-lebenslanges-demoverbot-fuer-straftaeter-id211243365.html>) Der Westen, 14. Juli 2017; *SPD-Politiker fordert lebenslanges Demoverbot für Polizei-Angreifer*. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-politiker-andreas-bialas-fordert-demo-verbot-fuer-randalierer-a-1157572.html>) Spiegel, 13. Juli 2017
223. Stephan Haselberger: *Debatte über Linksextremismus: Niedersachsens Innenminister will Vermummungsverbot lockern*. (<http://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-ueber-linksextremismus-niedersachsens-innenminister-will-vermummungsverbot-lockern/20064282.html>) Tagesspiegel, 14. Juli 2017
224. *Scholz bestreitet Regierungskrise im rot-grünen Senat*. (<http://www.faz.net/1.5099567>) FAZ, 10. Juli 2017
225. *Merkel: Bin für G-20-Krawalle mitverantwortlich*. (<http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/angela-merkel-gesteht-mitverantwortung-an-g-20-krawallen-ein-15109237.html>) FAZ, 16. Juli 2017
226. *Sonderausschuss zu G20: CDU und FDP wollen Olaf Scholz anhören – Martin Schulz besucht Schanzenviertel*. (<https://www.shz.de/regionales/hamburg/g20-gipfel/cdu-und-fdp-wollen-olaf-scholz-anhoeren-martin-schulz-besucht-schanzenviertel-id17296871.html>) SHZ, 13. Juli 2017
227. *Debatte über Autonomenzentrum Rote Flora: „Wir können solche Räume nicht zulassen“*. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rote-flora-politiker-fordern-schliessung-von-autonomen-zentrum-in-hamburg-a-1158080.html>); *Hamburger CDU will Rote Flora schließen lassen*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-CDU-will-Rote-Flora-schliessen-lassen,cdu854.html>) NDR, 18. Juli 2017
228. Marco Carini: *Klare Kante gegen die Rote Flora*. (<http://www.taz.de/Autonomenzentrum-in-Hamburg/!5427194/>) taz, 16. Juli 2017
229. *Entsetzen über Krawalle in der Schanze*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Entsetzen-ueber-Krawalle-in-der-Schanze,randale286.html>) NDR, 8. Juli 2017
230. *Flora-Anwalt Andreas Beuth über die G-20-Ausschreitungen: „Ein Imageschaden ohnegleichen“*. (<http://www.taz.de/!5425733/>) taz, 11. Juli 2017
231. *Statement von Schanze-Läden: „Der Schwarze Block hat hier gewütet? Das können wir nicht bestätigen“*. (<http://www.stern.de/politik/deutschland/g20-statement-aus-schanze---der-schwarze-block-hat-hier-gewuetet--koennen-wir-nicht-bestaetigen--7535330.html>) Stern, 12. Juli 2017; Julia Köppe: *Ladenbesitzer in Hamburg: „Danke, Olaf, für drei Tage Angst“*. (<http://www.spiegel.de/karriere/g20-in-hamburg-so-erlebten-geschaeftsleute-in-der-schanze-den-gipfel-a-1157429.html>) Spiegel, 12. Juli 2017
232. Carina Braun: *Hamburg nach G20: „Die Stimmung in der Stadt ist vergiftet“*. (<http://www.fr.de/politik/hamburg-nach-g20-die-stimmung-in-der-stadt-ist-vergiftet-a-1315334>) FR, 18. Juli 2017
233. Der Spiegel 29/15. Juli 2017: „Lasst es krachen“. S. 22–26, hier S. 25.
234. *Flora-Sprecher verurteilt Gewalt bei G20-Gipfel*. (<http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Flora-Sprecher-verurteilt-Gewalt-bei-G20-Gipfel,gipfeltreffen610.html>) NDR, 21. Juli 2017; Mike Schlink: *Rote Flora stellt sich den Schanzen-Anwohnern*. (<http://www.mopo.de/28006512>) MoPo, 20. Juli 2017
235. *Clubbetreiber solidarisieren sich mit Roter Flora*. (<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058257.clubbetreiber-solidarisieren-sich-mit-roter-flora.html>) ND, 23. Juli 2017
236. Katharina Schipkowski: *Proteste gegen G20: „Die Verantwortung trägt die Polizei“* (<https://www.taz.de/Emily-Laquer-ueber-Proteste-gegen-G20/!5426419/m/>) taz, 13. Juli 2017
237. Lars Quadfasel, Rüdiger Mats, Georg Fülberth, Martin Jürgens: *Krawall und Kritik*. konkret 8/2017, S. 14-17

- Diese Seite wurde zuletzt am 29. August 2017 um 18:26 Uhr bearbeitet.
  - Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden.
- Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.